

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

94-Jähriger: «Eine letzte Warnung, bevor alles zu spät ist.»

Wir seien zu viele Menschen und «vermüllen, zertrampeln, vergiften die Erde, als hätten wir eine zweite», schreibt Wolf Schneider. [Urs P. Gasche / 22.9.2019-](#)

Für einen radikalen Konsumverzicht würden sich weder Rechte noch Linke einsetzen, kritisiert der deutsche Sachbuchautor und Sprachkritiker [Wolf Schneider](#). Tatsächlich versuchen Regierungen und Notenbanken mit allen Mitteln, das Wachstum des Bruttoinlandprodukts BIP weiter anzukurbeln.

Das BIP ist nichts anderes als die Summe des Konsums in Euro, Franken oder Dollar.

Noch mehr Konsum, Verschwendung und Vermüllung sei die einzige Möglichkeit, Arbeitsplätze, Renten und Wohlstand zu sichern, machen uns Politiker und Konzernvertreter weis. Doch die verschwenderische Lebensweise in den Industriestaaten bleibt überhaupt nur noch einige Zeit möglich, sofern die meisten Menschen auf unserem Planeten arm und bescheiden bleiben.

Sobald jedoch die drei oder vier Milliarden Menschen der sogenannten Dritten Welt ähnlich viele endliche Energiequellen, Rohstoffe, Land und Wasser verbrauchen wollen wie wir und ähnlich viel Fleisch essen möchten wie wir, kollabiert die Versorgung. «An der Endlichkeit der Erde wird die Unendlichkeit unserer Ansprüche zerschellen», formuliert es Wolf Schneider in seinem neuen Büchlein «Denkt doch endlich an die Enkel», mit dem er aufrütteln möchte.

Schon 1961 habe die Weltgesundheitsorganisation WHO gewarnt, dass die Menschheit «in 250 Jahren alles verpulvert hat, was die Natur in 250 Millionen Jahren ansammelte». Die USA allein hätten bis 1961 mehr Rohstoffe verbraucht als bis 1900 die gesamte Menschheit.

Für den 94-Jährigen, der beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 14 Jahre alt war und als Jugendlicher Hitler bewunderte, droht wieder ein Krieg. Zu den klassischen Kriegsursachen sei eine elementare dazu gekommen: «Der Endkampf ums Essen, ums Trinken, um Rohstoffe, um den *letzten* freien Raum.»

Genügend bezahlte Arbeitsplätze und ausreichende Renten für alle könnte man dann vollständig vergessen.

Seine Folgerung: Auf diesem Planeten darf die Weltwirtschaft, der materielle Konsum, nicht weiterwachsen, sondern muss schrumpfen.

Dies sei den Milliarden Armen auf Erden allerdings nicht zuzumuten: «Also müssten es die Reichen sein, die das Schrumpfen auf sich nähmen.»

Die Realität sehe aber anders aus. In Deutschland sei die Bundesregierung sogar per Gesetz verpflichtet, **«für ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum zu sorgen».**

Viel zu viele Menschen

Neben der Verschwendungswirtschaft in Industriestaaten liegt das Hauptproblem der kommenden Engpässe und kriegesischen Auseinandersetzungen um Wasser, fruchtbares Land und Ressourcen **in der masslosen Bevölkerungsexplosion.**

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Als er Anfang der Dreissigerjahre zur Schule ging, hätten noch zwei Milliarden Menschen den Planeten bevölkert, heute wachse die Menschheit der achten Milliarde entgegen.

Die vielen Menschen in den Industriestaaten lebten schon weit über ihre Verhältnisse. Ihr ökologischer Fussabdruck würde anderthalb Planeten nötig machen. In der sogenannten Dritten Welt nennt Schneider das Beispiel von **Nigeria: Noch vor sechzig Jahren lebten dort 32 Millionen Menschen, heute 200 Millionen und im Jahr 2100 sollen es fast eine Milliarde sein – so viele wie um das Jahr 1800 auf der ganzen Erde lebten.**

Bald würden sich auf dem armen afrikanischen Kontinent drei Milliarden Menschen drängeln – «lediglich durchs Mittelmeer von nur 700 Millionen Menschen im reichen Europa entfernt».

Ganze Heerscharen von jungen, kriegstauglichen Männern «lauern dann auf die Chance zur Invasion». Der alternde Erdteil Europa werde vor der Frage stehen, ob und wie er eine solche Invasion gewaltsam verhindern könne.

Es erinnere ihn an die Stadt Byzanz (heute Istanbul), die sich mit überlegenen Waffen und gewaltigen Mauern gegen den Ansturm von Persern, Arabern, Bulgaren und Normannen **während 900 Jahren wehren konnte, um dann im Jahr 1453 von den Türken doch gestürmt zu werden.**

Das Gegenteil von Afrika fand und findet in Asien statt, schreibt Schneider. Den Anfang habe *Japan* 1948 gemacht, indem es die Abtreibung legalisierte und die Empfängnisverhütung propagierte. Als vorübergehendes Problem tritt heute die Überalterung auf.

In Indien mit heute fast 1,4 Milliarden Menschen könne sich seit 1959 jeder Bürger kostenlos sterilisieren lassen. 1972 legalisierte Indien die Abtreibung.

Den brutalsten Weg beschritt *China*, wo Deng Xiaoping im Jahr 1979 die Einkind-Politik einführte, um den wirtschaftlichen Aufschwung des Riesenvolkes nicht durch eine Lawine von Kindern zu gefährden. Schneider zitiert aus dem Bestsellerbuch «Die Welt ohne uns» von Alan Weisman aus dem Jahr 2007: «Wenn doch alle gebärfähigen Frauen dafür gewonnen werden könnten, nur noch *ein* Kind zur Welt zu bringen!». Leider thematisiert Schneider nicht, wie er im Rückblick dazu steht, vier Kinder sowie 14 Enkel und Urenkel zu haben.

Radikale Massnahmen nötig

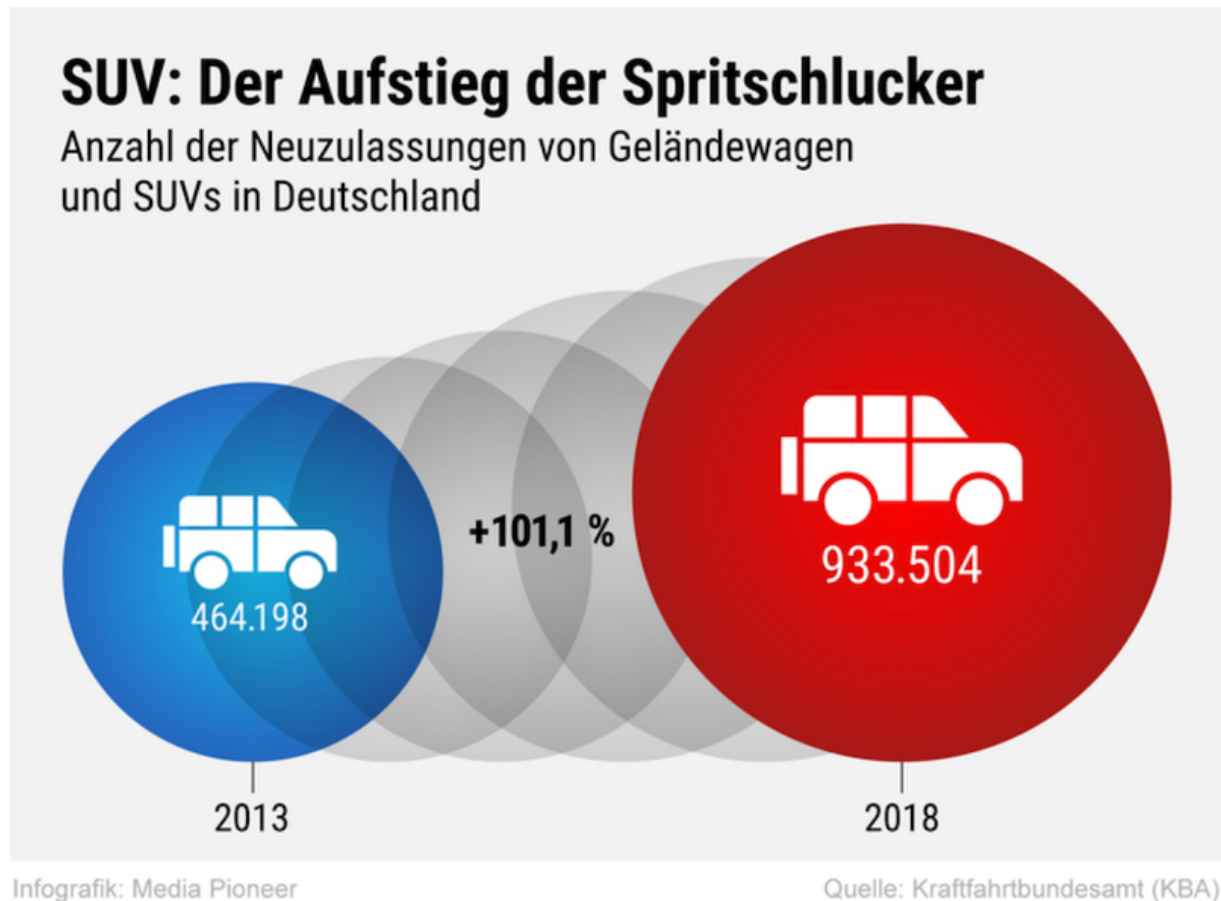
Wolf Schneider kritisiert die Grünen in Europa, dass sie vor nötigen, radikalen Forderungen zurückschrecken. Wer wirklich an die Enkelinnen und Enkel denke, müsse beispielsweise einen Generalstabsplan gegen das Grundübel der allgemeinen Verschwendung ins Auge fassen. Dazu würde ein Zwanzig-Jahres-Plan zur allmählichen, **aber unerbittlichen Verteuerung des Stroms und des Benzins gehören** – in vielen kleinen Schritten, mit Zeit genug für die Industrie und für uns alle, uns allmählich umzustellen.

Alle zwei Jahre eine kleine Verteuerung würde in 20 Jahren Grosses erreichen.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Doch er macht sich keine Illusionen: «Der Wahlrhythmus der Demokratie lässt den langen Pan, den grossen Wurf nicht zu.» Die deutsche Braunkohle dürfe noch 19 Jahre stinken.

Und die gehätschelte Autoindustrie dürfe wie Daimler-Benz einen eckigen Monster-SUV neu auf den Markt bringen, der einen Luftwiderstand habe «wie die Eigernordwand», habe die Süddeutsche Zeitung gespottet. Der Spiegel habe die SUVs «Kampfwagen gegen das Weltklima» genannt.



Quelle: Gabor Steingart: [«Das Morning Briefing»](#)

Gegen die «Heiligssprechung» der Arbeitsplätze

Der Ideologie des unverzichtbaren Wachstums seien auch die Gewerkschaften verfallen, weil sie die Arbeitsplätze heiligsprechen würden, schreibt Schneider. Gewerkschaften betrachteten es als Hiobsbotschaft, wenn das E-Auto «100'000 Arbeitsplätze kosten kann» (Süddeutsche Zeitung), «Klimaziele 150'000 Jobs kosten» (Spiegel) oder clevere Roboter «300'000 Arbeitsplätze bedrohen» (FAZ). Mit dieser Sichtweise dürfte der Staat keine Werbekampagne starten mit der korrekten Botschaft «Leitungswasser – das ideale Getränk für Ihr Kind». Denn das würde Arbeitsplätze in der Getränkeindustrie kosten.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Wenn das Schrumpfen des Konsums weniger Arbeitsplätze nötig mache, stelle sich natürlich tatsächlich die grosse Frage, wovon alle leben sollen. Schneider präsentiert eine einfache Antwort: «Von einem Grundeinkommen. Jeder hätte Anspruch darauf, keiner müsste ihn begründen.»

Das Schweizer Volk konnte über ein Grundeinkommen abstimmen, lehnte es jedoch mit grossem Mehr ab. Die Argumente Pro und Contra sind im Infosperber-Dossier [«Bedingungsloses Grundeinkommen»](#) gesammelt.

Schneider nennt es eine «Zwangsvorstellung», dass erst eine Erwerbsarbeit dem Menschen seine Würde verschaffe. Er erinnert an die bekannte Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral: Da fragt der Tourist den Fischer, warum er nach dem Fischen den Nachmittag am Hafen vertrödle, statt noch einmal hinauszufahren und mehr Fische zu fangen. Warum? fragte der Fischer. Weil er dann mehr verdiene, antwortet der Tourist, also sich ein zweites Boot anschaffen und noch mehr Fische fangen könnte. Warum? fragt der Fischer. Weil er dann eines Tages vielleicht eine Fischfabrik bauen und noch mehr Geld verdienen könne – um sich schliesslich zur Ruhe zu setzen und müssig aufs Meer zu schauen. Das, sagt der Fischer, mache er jetzt schon.

So fördert die Schweiz das Wachstum der Bevölkerung

Die Schweiz fördert das Bevölkerungswachstum durch Geburten im eigenen Land in mehrerer Hinsicht. *Christian Müller* hatte dies vor fünf Jahren mit den damaligen Zahlen zusammengestellt:

1. Um den Frauen die Doppelbelastung aufgrund von Berufsarbeit einerseits und Schwangerschaft und Geburt andererseits zu erleichtern, schreibt das Gesetz vor, ihnen mindestens 14 Wochen Mutterschaftsurlaub zu gewähren. Die Gesamtkosten der Schweiz (Bund, Kantone, Firmen, etc.) für diese – man verzeihe hier die etwas unfreundlich erscheinende Formulierung – «Subventionierung des Kinderkriegs» belaufen sich auf weit über 1 Milliarde Franken jährlich, vermutlich auf deutlich über 2 Milliarden. (Genaue Zahlen stehen nicht zur Verfügung, da die Kosten in verschiedenen Kassen anfallen. Und dass es, wenn schon, ein Eltern- und nicht nur ein Mutterschaftsurlaub sein sollte, ist auch klar. Das steht aber hier nicht zur Diskussion.)
2. Um den Familien die Ernährung und Erziehung von Kindern zu erleichtern, erhalten die Eltern mit dem Gehalt eine zusätzliche Kinderzulage. Die Lebenserwartung eines Neugeborenen in der Schweiz liegt heute bei ca. 80 Jahren. Also sind ein Fünftel der Schweizer Bevölkerung oder ca. 1,6 Millionen Menschen zwischen 0 und 16 Jahren alt. Deren Eltern erhalten mindestens 200 Franken pro Monat Familienzulagen. Das sind im Jahr rund 4 Milliarden Franken.
3. Familien mit Kindern erhalten in vielen Kantonen zusätzliche Steuererleichterungen. Es gibt keine Zahlen, was das den Staat, in dem Fall die ganze Schweiz, in Form von Mindereinnahmen kostet.
4. Eine unbeachtete «Förderung» des Kinderkriegs basiert auf einem speziellen Fortschritt der Medizin: Immer mehr Eltern, die, aus welchen Gründen auch immer, keine Kinder kriegen konnten, können sich heute ihren Kinderwunsch mit Hilfe modernster Medizin erfüllen. Genaue Zahlen liegen naturgemäss nicht vor, über die dabei entstehenden Kosten schon gar nicht.
5. Und auch eine weitere unbeachtete «Förderung» des Bevölkerungswachstums infolge inländischer Geburten basiert auf medizinischem Fortschritt. Heute kommen gemäss Statistischem Amt 0,4 Prozent der Babys als «extreme Frühgeburten», nämlich zwischen der 22. und der 27. Woche der Schwangerschaft, auf die Welt. Babys also, die bis vor kurzem noch keine Überlebenschance hatten und die mit hoher Wahrscheinlichkeit bleibende Schäden mit ins Leben nehmen. Dazu kommen 0,6 Prozent «sehr frühe Frühgeburten» (28. bis 31. Woche). Allein die Kosten für die medizinischen Massnahmen für Frühgeborene unter 2000g Geburtsgewicht bis zum Gewicht von 3000g, die von der Invalidenversicherung übernommen werden, haben sich in den zehn Jahren von 2003 bis 2013 verdreifacht, von 31

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

auf 92 Millionen Franken. Sie betrugen zuletzt pro Bezüger knapp 50'000 Franken. Ein Baby im Brutkasten kostet, wie im K-tipp einmal zu lesen war, ca. 3000 Franken pro Tag!

Schön, dass wir Schweizer uns das alles leisten können. Selbstverständlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass wir medizinisch alles unternehmen, um ein bereits geborenes Geschöpf am Leben zu erhalten. Doch die fünf Punkte sind zu diskutieren.

Kommentare:

Das Thema «Bevölkerungswachstum» erheischt eine vorausseilende politische Verortung des Schreibenden, weil sonst die Gefahr einer unzutreffenden politischen Zuordnung besteht: Der Schreibende hat mit den Schreihälsen der Herrliberger Bewegung nichts am Hut (ansonsten lese man «Der Abgang»). Wolf Schneiders Warnung ist nichts beizufügen, aber zum Kasten von Ch. Müller. Die aufgeführten Fördermassnahmen sind - wie Müller anfügt - durchaus diskutierwert. (Es besteht allerdings wenig Hoffnung, dass dies auch tatsächlich geschehen wird.) Unerwähnt bleibt jedoch die jährliche Nettozuwanderung - die Wirtschaftsmigration -, welche uns jährlich eine neue Stadt in der Grösse Biels beschert. Die Folgen sind unter anderem im Agglo-Brei im Mittelland zwischen St. Gallen und Bern oder auf der Achse Lausanne-Genf zu besichtigen. Und in den Schulzimmern, den Arztpraxen, den Spitälern und in den Bussen, Trams und Zügen dieses Landes oder auf noch mehr Autobahnen - um nur wenige Beispiele zu nennen. Wer ernsthaft die hiesigen Wachstumszwänge bekämpfen will, kommt kaum um die Zuwanderungsfrage herum. Ein Ansatz wäre, jene Menschen, die wir aus humanitären Gründen aufzunehmen haben, rasch und nachhaltig zu bilden und auszubilden, zu integrieren und gleichzeitig auf die Wander-"arbeiter« aus EU und EFTA zu verzichten. Das setzt zwangsläufig die Personenfreizügigkeit aufs Spiel, aber es wäre eine wirksame Schrumpfungsmassnahme (nach Schneider) neben Verzicht auf mehr Konsum und Verschwendung.

Stefan Frey, am 22. September 2019 um 12:39 Uhr

@ Guten Tag Herr Wolf Schneider,
stimme mit Ihnen zu. Sie sind 3 Jahre älter als ich und haben das Problem richtig erkannt. Beim weiter so, werden sie sich selbst umbringen. Denkt man an unsere Jugend zurück, es war doch etwas anders. Wenn der Planet so weiter behandelt wird, wird die Natur zurückschlagen.
Freundlichen Gruß Werner Kämtner

Werner Kämtner, am 22. September 2019 um 12:40 Uhr

Es ist traurig, dass auch Ihr Euch dazu hergebt, DEN SUV als die Ursache der Klimakatastrophe mit zu dämonisieren.

Als ich noch jung und knackig war, fuhr ich einen FORD Taunus 12 m, Baujahr 1968, bei dem man nur etwa 10 cm über dem Asphalt saß. Einsteigen war eher ein hineinschlüpfen und man lag in diesem Auto mehr als man saß.

Heute bin ich nur noch knackig, bin mit meinen fast 72 Jahren der Autoindustrie dankbar, dass sie einen Typ entwickelt hat, in den man bequem ein- und aussteigen kann, wenn die Knie und andere Knochen nicht mehr so wollen wie man selbst will.

Ja tatsächlich ist ein SUV schwerer als ein PKW der Golf-Klasse - ABER sollte man da nicht mit dem Panzer anfangen. Er transportiert nur maximal 4 Soldaten, bei einem Kampfgewicht von etwa 80 Tonnen. Kommen also auf jeden «Fahrgast 20 Tonnen, die bewegt werden müssen. Schon bei der Herstellung dieses Monsters werden so viel CO2 freigesetzt, wie bei der Produktion von mindestens 40 SUV und der einzige Zweck dieses Panzers ist das Töten von Menschen.

Falsch - einziger Zweck ist der maximale Profit von Kraus Maffei - und an dem wird selbst vom Infosperber nicht gerüttelt - ODER? - habt Ihr da nur übersehen, wie es die aktuelle Politik will?

Günther Wassenaar, am 22. September 2019 um 12:50 Uhr

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Wie Wahr - und da können wir uns die Finger krumm schreiben und Bücher veröffentlichen (übrigens auch eine Belastung des Klimas!); gegen Dummheit und Bequemlichkeit ist eben kein Kraut gewachsen. Auch nicht für die hochgebildete, auserlesene Elite. Eben heute Morgen gelesen, dass nach einer Klimadebatte im Kanzleramt, wo scheinbar entsprechende Beschlüsse gefasst wurden, Frau Merkel und Frau AKK in die USA an eine Konferenz geflogen sind. Denselben Flugweg an denselben Bestimmungsort mit ZWEI Flugzeugen - jede in «ihrer» Maschine.?? «DENKT ENDLICH AN DIE ENKEL! Ach ja, wie viele Enkel hat Merkel?

Hans Rudolf Knecht, am 22. September 2019 um 14:10 Uhr

Es wird auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sein, dass einige Länder so reich und verschwenderisch sind, und andere sehr arm. Dies ist keine moralische Erkenntnis, sondern eine physikalische (Osmosegesetz; 1. Hauptsatz der Thermodynamik). Da die Armen aus Umweltgründen nicht zu unserem Lebensstil aufschliessen können, bleibt nur die Anpassung unseres Lebensstils nach unten, sowie die Reduktion der Gesamtbevölkerung. Auch dies ist keine Moral, sondern Arithmetik. Die Stimmbevölkerung wird nicht freiwillig zu solchen Massnahmen ja sagen. Bestes Beispiel ist der Kampf gegen Lohndruck nach unten, durch den freien Personenverkehr mit der EU. Persönlich verständlich, aber verzweifelter Kampf gegen die Physik. Wie immer werden es die Sachzwänge irgendwann richten, notfalls mit Gewalt.

Christian von Burg, am 22. September 2019 um 14:59 Uhr

Beim weiteren Lesen bin ich auf die Benennung «Grundeinkommen» gestoßen, eine Begrifflichkeit die seit Jahren in den verschiedensten politischen Strömungen kursiert. Was ist BGE. So wie HartzIV in der BRD ist es eine Allimentierung der Menschen. Sie sind aus dem Prozess der Arbeit ausgeschlossen bekommen Geld fürs Nichtstun.

Darf ich daran erinnern, dass es die Arbeit war, die den bedeutensten Anteil bei der Menschwerdung des Affens leistete. Die die BGE wollen - wollen die Menschen wieder zu Affen machen. ALLE Untersuchungen in der BRD zeigen, dass unter Hartz IV Empfängern ein hoher Anteil psychisch kranker Menschen besteht. Nichtstun bedeutet, im Leben keine Erfolgsergebnisse mehr zu haben, bedeutet, aus dem vorherigen Freundes- und Bekanntenkreis ausgeschlossen zu sein - am gesellschaftlichen Leben keinen Anteil mehr zu haben.

Und das ist es, was angeblich progressive und linke Kräfte wollen? BGE bedeutet, die Zustände der maximalen Ausbeutung zu verlängern - das System des Kapitalismus/Imperialismus zu stabilisieren. Das sind sozialdemokratische Positionen, Positionen der angeblichen Arbeitervertreter gegen die Arbeiter - also Verrat an der Sache der Arbeiter.

Es kommt hinzu, dass ein solches BGE NUR in hochentwickelten Ländern überhaupt möglich ist - somit die Kolonialisierung der Rest der Welt auf Dauer will. Das ist Rassismus/Faschismus und nichts weiter - verkauft als soziales Projekt

Luc Farinelli, am 22. September 2019 um 18:09 Uhr

Ja selbst die Umweltschutzverkünder sind irgendwo auch kleine Sünder.

Und jede Umweltsünde wird zum Problem, wenn viele Menschen sie begehen. Drum lasst uns beste Wirkung denken. Sie heisst: Geburtenanzahl senken. *

* Wenn nur schon die weltweit rund 80 Millionen ungewollten Schwangerschaften vermieden werden könnten, indem die Hilfsorganisationen ihre Projekte mit Familienplanung kombinieren würden, wäre schon viel erreicht.

Markus Zimmermann-Scheifele 6047 Kastanienbaum, 25. 5. 2008

Grundeinkommen

Duplik: Also doch eine Vision für Übermorgen

Oswald Sigg / 13. Jun 2012 - **Zur vernichtenden Kritik Rudolf Strahms an einem bedingungslosen Grundeinkommen nehme ich gerne nochmals kurz Stellung.**

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Ein mehrfaches Kopfschütteln verursacht bei Ruedi Strahm die Eidg. Initiative für ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Sie werde als «Motivations- und Energiekiller» die Eigenverantwortung zerstören, eine Null-Bock-Grundhaltung und verpasste Lebenschancen erzeugen und das sei «für die Jungen» schlicht tödlich. Trotzdem übe sie als fundamentalistisches Konstrukt eine seltsame Faszination unter Künstlern, Intellektuellen und Theologen aus. Gesellschaftlich und politisch werde sie den historisch gewachsenen Sozialstaat zerstören und so betrachtet sei die Initiative nichts anderes als ein Erfüllungsgehilfe neoliberaler Machenschaften.

Von der Finanzierung des Grundeinkommens nicht zu reden: halsbrecherisch, abenteuerlich. Mehr noch: weil er von der sozialen, solidarischen Finanzierungsvariante des Grundeinkommens noch nie etwas gehört hat, kommt Strahm zum Befund, es handle sich beim Ganzen um eine reine Publikumstäuschung, die letztlich den Reichen zu Gute komme. Aber fehlt da nicht noch etwas? Richtig: Die Idee des Grundeinkommens sei ein «ausländisches Konzept». Damit können wir in der Schweiz ja bekanntlich nichts anfangen.

Was treibt denn den bestandenen Volkswirtschaftler Ruedi Strahm um, dass er sich wie ein Berserker gegen die Initiative wehrt und seine Epistel mit dem dramatischen Aufruf schliesst: «Flüchten Sie nicht in die Utopie, um sich vor den Pflichten der Gegenwart zu befreien!»

Der Schlüssel zu Strahms absurden Unterstellungen liegt eben gerade in seinem Credo: Geht gefälligst euren Pflichten nach, statt solchem Unsinn. Müssiggang ist aller Laster Anfang. Arbeit ist Pflicht. Ohne Arbeit kein Lohn. Keine grössere Demütigung für einen jungen Menschen gebe es, als das Gefühl, nicht gebraucht zu werden. Will sagen, das Gefühl entsteht, wenn man keinen Lohn bekommt, sondern eine Rente. Er spricht allen Ernstes von «lebenslänglichen Berufsrentnern».

Ein gutes Dutzendmal gebraucht er als grundfalsches Synonym für das Grundeinkommen den Begriff Rente: sie erhält man arbeitsfrei als Vermögensertrag oder von der Versicherung, notfalls von der Invalidenversicherung... Überhaupt: die Einstellung zu Arbeit und Leistung verrate ein letztlich undiskutables Menschenbild. Deshalb sei das Grundeinkommen nichts als eine Glaubenslehre. Will sagen, wir bewegen uns da im Bereich der Esoterik.

Andererseits gebe es ohnehin, so Arbeits-Experte Strahm weiter, immer weniger freiwillige und immer mehr marktüblich entschädigte Arbeit. Wenn er etwas weiter im Text davon spricht, der bestehende Sozialstaat sei ja schon für die – als Beispiel und wörtlich – «unverschuldete Armut» zuständig, dann gibt es in seinem Menschenbild eine Kategorie der selbstverschuldeten Armut. Will wohl sagen, dazu gehören dann alle jene, die einfach nicht arbeiten wollen.

Ein solcher Arbeitsstaat widerspricht der Realität. Selbst in der Schweiz werden täglich Arbeitsplätze abgebaut. In Europa gibt es 25 Millionen Menschen, die ohne Lohnarbeit sind. Die Hälfte aller in der Gesellschaft geleisteten Arbeitsstunden bleibt unbezahlt. Die Arbeit in Gesellschaft und Wirtschaft muss neu verteilt werden und dafür soll jeder Mensch ein kleines, bedingungsloses Einkommen als Existenzgrundlage erhalten. Damit der unbedingte Zwang zur Lohnarbeit entfällt und die Arbeitnehmerinnen den Arbeitgebern im Arbeitsmarkt auf Augenhöhe gegenüberreten.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Und siehe da, wieder ganz zum Schluss konzidiert Ruedi Strahm dieser Idee dennoch einen Sinn: «Die Utopie des bedingungslosen, lebenslänglichen Grundeinkommens ist eine Vision für Übermorgen...». Also doch.

Dank Grundeinkommen die Arbeit freier wählen»

Oswald Sigg / 14. Mai 2012 - Oswald Sigg plädiert für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die gesellschaftliche Macht und die Arbeit würden neu verteilt.

(Red.) Infosperber veröffentlicht hier Ausschnitte aus der Rede, die der frühere Bundesratssprecher am 28. April an der GV der Gewerkschaft Unia in Biel gehalten hat. Oswald Sigg ist im Initiativkomitee der Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»

DIE ARBEIT NEU VERTEILEN

Die Arbeit umverteilen – was soll dieser Titel, werdet ihr euch fragen. Bis jetzt haben wir doch immer eine Umverteilung des wachsenden Reichtums gefordert. Das ist richtig so und diese Forderung halten wir weiterhin aufrecht. Denn der Reichtum einiger weniger wird zum grössten sozialen und politischen Problem in diesem Land.

Vermögensverteilung in der Schweiz: 1 = 99

Stellt euch vor: Jeder zehnte Milliardär auf der Welt wohnt in der Schweiz. Warum wohl? Weil man hier sein Vermögen für ein Trinkgeld besteuert. Ein Prozent der in der Schweiz wohnhaften privaten Steuerpflichtigen besitzt gleich viel Vermögen wie die restlichen 99 Prozent. Das ist die 1:99-Prozent-Schweiz.

Die Vermögen der 300 Reichsten stiegen in den letzten 20 Jahren von 86 Milliarden auf 459 Milliarden Franken. Demgegenüber lebten im Jahr 2011 fast 8 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze von 2'243 Franken monatlichem Einkommen. Anders gesagt: 586'000 Menschen haben in diesem reichen Land nicht mehr genug zum Leben.

Die ganze Steuer- und Abgabepolitik sorgt dafür, dass der Reichtum dort gedeiht und wächst, wo er ist. Stattdessen leiden die Bezüger von tiefen und mittleren Einkommen unter indirekten Steuern, Abgaben, Gebühren, Krankenkassenprämien, Mieten. Vielen Leuten aus diesen Einkommensschichten bleibt netto 1'300 Franken weniger übrig als noch vor 10 Jahren.

Es gibt weltweit fast kein zweites Land, in dem der Unterschied zwischen arm und reich so krass ist, wie bei uns. Die Arbeitgeber bekämpfen die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften mit dem Argument: «Nicht jeder Lohn kann existenzsichernd sein.» Haben wir denn allen Ernstes dafür die öffentliche Sozialhilfe?

Dank Gewerkschaften steigende Mindestlöhne

Eine löbliche Ausnahme ist hier zu erwähnen. Die aktive gewerkschaftliche Politik hat dazu geführt, dass die Tiefstlöhne im Dienstleistungsbereich angehoben worden sind. Der neue SGB-Verteilungsbericht zeigt, wie etwa im Detailhandel und im Gastgewerbe die Mindestlöhne seit 1988 teilweise um über 40 Prozent gestiegen sind.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Diese nüchternen Zahlen sind gesamthaft aber doch das Abbild einer Sozialpolitik mit umgekehrten Vorzeichen. Umverteilt wird noch immer nach oben, gegeben wird denen, die schon viel haben. Dank einer asozialen Politik der schamlosen Reichtumsakkumulation. Gefördert durch kommunale und kantonale Steuer- und Siedlungspolitiken und auf Bundesebene durch die skandalöse Unternehmenssteuerreform II. Jetzt kommt noch hinzu, dass die Arbeitgeber die Renten senken, das Rentenalter erhöhen und die Unternehmenssteuern noch mehr reduzieren wollen.

Das Geld bestimmt die Politik

Das Geld, der Besitz – sie bestimmen nicht nur die Wirtschaft und die Sozialpolitik, sondern auch und gerade die Politik in unserer direkten Demokratie. Wir sind das Volk. Aber die Volkspartei macht mit ihrem Geld für uns die Politik. Besser gesagt: gegen uns.

So ist es doch: ich kann nur immer wieder auf denselben Umstand hinweisen: jene Partei, die mit Abstand am meisten Geld für Wahlen, Abstimmungen und Initiativen zur Verfügung hat, jene Partei, von der man nicht weiss, woher sie wie viel Millionen erhält und die ihre Spenden gern und seltsamerweise in grösseren Kofferli mit ein paar hundert Tausendernoten drin entgegennimmt, diese Partei, die SVP, ist noch immer die grösste Partei und sie ist seit 25 Jahren auf einem Erfolgskurs, der nur gerade im letzten Herbst einen hoffentlich nur ersten Einbruch erlitten hat.

Die Schweiz ist das einzige Land in Europa und weit darüber hinaus, das weder ein Spenden- noch ein Parteiengesetz kennt, das die private oder öffentliche Finanzierung dieser staatstragenden Institutionen regelt. Im Unterschied zu vielen anderen Ländern gibt es in der Schweiz auch keinerlei Einschränkungen der politischen Werbung. Mit Ausnahme des Verbots der politischen Werbung in Radio und Fernsehen. Das allerdings etwa von den Grossbanken regelmässig gebrochen wird. Auch in diesem für eine direkte Demokratie hoch sensiblen Bereich können die Arbeitgeber mit ihrer Economiesuisse buchstäblich schalten und walten, wie sie wollen. Haben sie früher mit der Wirtschaftsförderung wenigstens noch die Politik des Bundesrates unterstützt, so schwenken sie heute auch einmal an den rechtsbürgerlichen Rand ab. Gegen die Minarettverbotsinitiative haben sie keine Plakate geschaltet. Und prompt ist sie angenommen worden.

Solange die Parteienfinanzierung in erster Linie, aber auch solange die Finanzierung der politischen Werbung nicht geregelt ist, kann und muss man leider weiterhin von der käuflichen Schweiz sprechen.

Das Geld degeneriert die Sozialpolitik

Das Geld hat auch und gerade in der Sozialpolitik verheerende Auswirkungen. Die immer noch grösste Partei versteht es seit Jahren, alle Sozialhilfebezüger als Scheinasylanten, Sozialschmarotzer, im Zweifelsfall als Kriminelle hinzustellen. In der Sozialarbeit Tätige werden als «Gutmenschen» verhöhnt. Die öffentliche Verachtung, der Argwohn und das Misstrauen, das man ganz allgemein Menschen in Notlagen entgegenbringt, führen dazu, dass vermutlich die Hälfte der Anspruchsberechtigten auf soziale Unterstützung und Begleitung sich gar nicht erst am Schalter des Sozialamts meldet. 50 % ist eine Dunkelziffer. Die Politiker interessiert sie eigentlich nicht gross. Man schaut da lieber weg. Aber im Endeffekt reduziert diese Stigmatisierungspolitik natürlich die Kosten der Sozialhilfe. Das zu sagen ist zwar zynisch, aber leider wahr.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Die verletzte Würde des Menschen

In meiner Arbeit für den sozialpolitischen Mediendienst «Hälfte/Moitié» treffe ich auf Menschen, die Opfer dieses Systems geworden sind.

- Da ist die IV-Rentnerin, der die lieben Nachbarn ihre kleine Welt zur Hölle machen. So dass sie nur noch in einem Zustand chronischer Verzweiflung lebt.
- Da ist der gesundheitlich stark angeschlagene Elektriker, der die Tage zählt, bis er die AHV erhält und nicht mehr vom Sozialdienst abhängig ist, weil man ihn dort schikaniert.
- Da ist der politische Flüchtling aus Afrika, seit sieben Jahren in der Schweiz, seit sieben Jahren arbeitslos. Der Mann hilft den Bauern im Seeland bei der Gemüseernte. Für einen Stundenlohn von 4 Franken.
- Und da gibt es noch bernische Gemeinden, die private Sicherheitsfirmen mit der Kontrolle und Überwachung solcher Sozialhilfebezüger beauftragen.

Das ist dann der Gipfel des sozialpolitischen Zynismus. Und der gemeinsame Kern aller dieser sogenannten «Sozialfälle»: das ist die grobe Verletzung der Würde dieser Menschen.

Das Bedingungslose Grundeinkommen

Das ist die Wirkungsweise unserer Sozialpolitik. Viele Bereiche der Sozialhilfe werden privatisiert. Genau so werden die Schulen und die Hochschulen – überhaupt ein grosser Teil des Bildungsbereichs - zum Geschäft gemacht. Namentlich bei der Bildung zählt immer mehr das Geld, das der Einzelne hat oder eben nicht hat. Ganz allgemein wächst in der Gesellschaft die Chancenungleichheit in krassem Ausmass. Alles dies und auch die Tatsache, dass wir immer weniger Lohnarbeit zur Verfügung haben werden, haben mich dazu motiviert, mitzuhelfen, die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens mit einer Volksinitiative öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Dabei geht es in erster Linie um die Menschenwürde. Seit langem wieder einmal eine Initiative, die nicht die Menschenrechte ritzt, tangiert oder umgeht, sondern im Gegenteil mit einem allgemeinen Anspruch auf ein Grundeinkommen, mit einem neuen Grundrecht soziale Ungerechtigkeit abbauen will.

Die Arbeit neu verteilen

Bezüglich der Arbeit unterscheiden wir zwischen bezahlter Arbeit, freiwilliger Arbeit und unbezahlter notwendiger Arbeit. Letztere entspricht 50 Prozent aller heute insgesamt geleisteten Arbeitsstunden.

Auf dem Arbeitsmarkt werden die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften mit einem Grundeinkommen auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln können. Vor allem: die Arbeitnehmer werden nicht mehr aus finanziellen Gründen gezwungen sein, eine, manchmal auch jede Arbeit anzunehmen. Man kann sie nicht mehr erpressen. Sie wählen jene Arbeit, die sie tun wollen. Die Stellung der Gewerkschaften wird mit dem Grundeinkommen massiv verbessert.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Soziale Auseinandersetzungen, Arbeitskämpfe, Vertragsverhandlungen überall dort, wo es nicht nur um Geld, sondern ums Ganze geht – diese Arbeitskämpfe werden alle neu positioniert und programmiert durch ein Grundeinkommen für alle, gerade auch für die bisherigen Lohnabhängigen. Damit werden nicht nur das Geld, sondern auch die Macht und die Arbeit neu verteilt.

Hauptsächlich zwei Fragen stellt man uns zum Grundeinkommen:

Wer arbeitet dann noch?

Alle Leute werden weiterarbeiten, aber nicht unbedingt dasselbe und ihre Lohnarbeit kann zugunsten anderer Arbeit reduziert werden. Das Grundeinkommen wird es jedem Menschen erlauben, das zu tun, was ihn interessiert und was er als sinnvoll und seinen Fähigkeiten angemessen erachtet. Daneben wird er sich vermehrt der Familienarbeit und dem freiwilligen sozialen, politischen oder kulturellen Engagement widmen können. Auch für den Sport, für die Bewegung bleibt mehr Zeit übrig als bisher.

Wer finanziert uns das Grundeinkommen?

Die Initiative überlässt die konkrete Antwort auf diese Frage dem Gesetzgeber. In ersten Diskussionen zu dieser Frage wird auch von Mitinitianten auf eine Restfinanzierung des Grundeinkommens über eine stark erhöhte Mehrwertsteuer verwiesen. Das ist meines Erachtens ein grundfalscher Ansatz. Zum grossen Teil kann das Grundeinkommen über die Umlagerung der bisherigen Sozialversicherungen finanziert werden. Es verbleibt ein Rest, der auf 20 bis 30 Milliarden Franken veranschlagt wird.

Für mich kommt natürlich dafür eine Konsumsteuer, die ohnehin die Schwächsten trifft, nicht in Frage. Ich denke vielmehr an das Gegenteil, an eine Vermögensabgabe, an eine Reichtums- und/oder an eine Finanztransaktionsbesteuerung. Die Reichen haben schon die AHV nicht nötig gehabt. Aber wie die AHV wird auch das Grundeinkommen die Reichen nötig haben. Das wäre dann eine solidarische Finanzierung. Und die 1:99-Prozent-Schweiz bietet hierzu die besten Voraussetzungen.

Süsser Traum: Das bedingungslose Grundeinkommen

Rudolf Strahm / 12. Jun 2012 - Die Auswirkungen auf die Arbeitsmotivation und die exorbitanten Kosten dieses Konstrukts lösen Kopfschütteln aus.

(Red.) Die im April 2012 lancierte **Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen** hatten die Medien schlecht aufgenommen. Rudolf Strahm lehnt ein solches Grundeinkommen ebenfalls klar ab, doch nimmt er die Argumente der Befürworter in diesem exklusiven Beitrag ernst und geht auf sie ein. Vor ihm hatte Oswald Sigg, Mitglied des Initiativ-Komitees, mit einem **Beitrag** auf Infosperber Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen dargelegt.

Auf den ersten Blick eine visionäre Idee

Rudolf Strahm. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für Alle? *Auf den ersten Blick* steht eine Faszination für diese visionäre Idee.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Denn sie verkörpert den ewigen Menschheitstraum vom selbst bestimmten Leben, von Autonomie und von der Flucht aus der entfremdenden Arbeit.

Auf den zweiten Blick kommt Ernüchterung auf bei der konkreten Vorstellung, dass Menschen vom Staat lebenslänglich als Berufsrentner unterhalten werden sollen.

Doch ein *dritter, näherer Blick* mag auch Kopfschütteln über die gesellschaftlichen Auswirkungen auf die Arbeitsmotivation und die exorbitanten Kosten eines solchen realitätsfremden Konstrukts auslösen.

Das Initiativprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen ist nach der Lancierung im April 2012 bei den Medien schlecht aufgenommen worden. Von der Ökonomenzunft wird es als realitätsfremde Utopie mit Häme ignoriert. Wenn ich mich – wenn auch kritisch – mit einem derart utopischen Projekt auseinandersetze, signalisiere ich, dass ich einer Utopie eine Diskussionswürdigkeit und Wertschätzung zugestehe.

Was heisst überhaupt «bedingungsloses Grundeinkommen»?

Viele Leute verwechseln das bedingungslose Grundeinkommen mit dem gesetzlichen Mindestlohn, wie dies die Gewerkschaften mit einer bereits eingereichten Volksinitiative fordern. Der gesetzliche Mindestlohn will eine Arbeitsentschädigung, die Allen zum Leben reicht. Das sind etwa 22 Franken Stundenlohn.

Das bedingungslose Grundeinkommen jedoch will jedem Bewohner über 18 Jahre ein Grundeinkommen vom Staat garantieren, ohne Bedingung, ohne Arbeitsleistung, ohne Befristung, eine lebenslängliche, automatische Rente, die zum Leben reicht. Im Verfassungstext ist die Höhe nicht beziffert, aber die Initianten sprechen in der Pressepräsentation und im Begleitbuch von 2500.- Franken Monatsrente für jede erwachsene Person und 625.- Franken für jedes Kind und jeden Jugendlichen in der Schweiz (Müller/Straub: Die Befreiung der Schweiz. Über das bedingungslose Grundeinkommen. Limmat Verlag Zürich 2012). Die Höhe soll laut Verfassungstext «der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen». Diese Einheitsrente aus einer einzigen Quelle soll dann die andern, bisherigen Sozialversicherungen und Sozialinstitutionen, ablösen.

Hinter dem Konzept steht eine Vision, nämlich ein selbstbestimmtes Leben, eine Befreiung von entfremdeter Arbeit. Es geht «in erster Linie um Menschenwürde» (Oswald Sigg). Die Utopie der «Befreiung der Schweiz», wie die Initianten sie etikettieren, steht in der Tradition des Thomas Morus oder des André Gorz, der mit seinen früheren Schriften («Abschied vom Proletariat») von einer Verbannung der «heteronomen Sphäre» (also der Entfremdung im Marx'schen Sinne) suchte. Die Verteidiger des Konzepts, auf der anderen Seite, werfen den Kritikern Angst vor Utopien vor, ja sogar «Kontrollverlust vor dem Neuen».

Die gesellschaftlichen Fragen, von denen das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens ausgeht, sind ernsthaft und aktuell. Doch die Antwort darauf ist nicht zu Ende gedacht. Den Ursprung der derzeit vermehrt gehandelten «Erlösungskonzepte» muss man im Allgemeinen Krisen- und Umbruch-Bewusstsein bei weiten Kreisen der (jungen) Bevölkerung suchen: Es sind die «Empörten».

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Ihr Ausgangspunkt ist die Empörung über Ungerechtigkeiten, Finanzkrise, Arbeitslosigkeit, Ausgeliefertsein und Perspektivenlosigkeit der Jungen. Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche provozieren die Sehnsucht nach neuen Ufern mit neuen Projekten. Wer sie ernst nimmt und sie nicht bloss als Weltverbesserer-Sektierertum ignoriert, setzt sich damit auch auseinander.

Tödliches Gift für die Jungen: Zerstörte Eigenverantwortung

Ich nenne gleich vorweg *meine Grundmotivation* gegen das Konzept einer bedingungslosen, lebenslänglichen Rente: Ich möchte nicht, dass unsere Kinder oder Kindeskiner in eine Gesellschaft geboren werden, in der Jede und Jeder vom Staat zum lebenslänglichen Berufsrentner gemacht wird. Das Versprechen eines ständigen Staatsunterhalts würde zum Motivations- und Energiekiller für manche Jugendlichen, nicht für alle, aber es wäre ein gesellschaftlicher Anreiz zu einer Null-Bock-Grundhaltung mit verpassten Lebenschancen.

Seit Jahren befasse ich mich mit Berufsbildung und Armutsprävention über Berufsintegration: Jeder Oberstufenlehrer, jede Berufsberatungsperson, jeder Berufsausbildner kann erzählen von den Motivationsschwierigkeiten mancher Jugendlicher. Oft sind sie nur temporär, aber akut in der wichtigsten Integrationsphase zwischen 15 und 20. Die Aussicht auf eine bedingungslose, lebenslängliche Staatsrente ist ein Motivationskiller. Ein Drittel der Jugendlichen sind heute Menschen mit Migrationshintergrund. Sie oder ihre Eltern kommen aus Ländern, in denen man sich weniger über die Arbeit definiert. Ist es nicht verantwortungslos und realitätsfern, diese in ein Erwachsenenalter zu entlassen, das eine bedingungslose, lebenslängliche Staatsrente verspricht?

Junge bleiben mit 2500 Franken Monatsrente zwar arm, aber sie kommen sich zufrieden gestellt vor, wenn sie damit vor einer Lehre oder einer Schule und vor der harten Berufsintegration flüchten können. Ein junges lediges Paar mit je 2500 Franken kann sich mit 5000 Franken gemeinsamem Einkommen bedingungslos aufs Sofa setzen. Wie steht es mit der Eigenverantwortung des (jungen) Menschen für seine Existenz, für seine Zukunft? «Eigenverantwortung» ist ein bürgerlicher Begriff, besetzt von den Sozialabbauern, Sozialstaatsgegnern und neoliberalen Moral-Hazard-Theoretikern. Aber soll man das Erziehungskonzept des (oft harten) selbstverantwortlichen Lebens nur diesen überlassen?

Gewiss, manche Jugendliche würden reisen, Kunst und Kultur pflegen, sinnvolle Nischen suchen, wenn sie nur ein Existenzeinkommen hätten. Gewiss wird es Menschen jeden Alters geben, die sich mit einem sicheren Existenzeinkommen zusätzlich regen, mit kreativen Tätigkeiten, mit zivilgesellschaftlichen Engagements. Deshalb übt die Idee einer bedingungslosen Existenzsicherung durch den Staat eine besondere Faszination bei Kulturschaffenden, Intellektuellen und Theologen aus, die aus ihrer persönlichen Erfahrung heraus ihre besondere idealtypische Vorstellung vom selbstbestimmten, autonomen Leben ableiten.

Was ist denn das für ein Bild der Arbeit?

Doch was steht denn für ein Bild über die Arbeit und über den arbeitenden Menschen hinter der Vision eines Lebens ohne Entfremdung und Zwang? Im Grunde steht unbewusst ein elitäres Verständnis von Arbeit und Arbeiten hinter diesem Menschenbild:

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Die Lohnarbeit wird als entfremdend, als Zwang, als fremdbestimmte Bolzerei verstanden. Das unbezahlte, selbstbestimmte kreative Arbeiten oder die ethisch hochstehende freiwillige Betreuungsarbeit im sozialen Netzwerk jedoch soll mit dem bedingungslosen Staatslohn gefördert und entschädigt werden.

Die bezahlte Arbeit ist eben nicht einfach Entfremdung, vielmehr bei vielen auch Erfüllung. In unserer Gesellschaft gibt es keine grössere Demütigung eines jungen Menschen, als das Gefühl, nicht gebraucht zu werden. Eine bedingungslose, lebenslängliche Abfindung fürs Nichtstun wäre für viele ein Motivationskiller.

Der Kulturanthropologe Richard Senett (Buch: «Handwerk», Berliner Taschenbuch Verlag 2008) zeigt, dass auch Handwerk, auch praktische Tätigkeiten, auch scheinbar entfremdende, repetitive Anstrengungen dem Menschen die Würde bewahren können. Arbeit, die vielleicht dem Intellektuellen und Künstler als entfremdet erscheint, hat für Viele eine erfüllende Funktion. «Der Wunsch, eine Arbeit, um ihrer selbst Willen, gut zu machen» (Senett), etwa die handwerkliche Arbeit als «Dialog mit den Materialien», ist für viele Würde und Erfüllung, nicht Entfremdung. Hinter der Einstellung zur Arbeit, zur Leistung und zur produzierenden Tätigkeit steht immer auch ein Menschenbild, das letztlich nicht diskutiert werden kann. Und deshalb wird das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens zur Glaubensdoktrin.

Auch Entfremdung gehört zur Arbeit

Zum Grundkonzept des bedingungslosen Einkommens gehört die Idealisierung der Kreativität, der familiären und nachbarschaftlichen Betreuung und Pflege, der freiwilligen Netze. Wer 2500 Franken pro Monat empfangt, werde frei für unbezahlte humanitäre, karitative und kreative Tätigkeiten. Entspricht dies der Realität? Wer übernimmt aus Freiwilligkeit und auf längere Dauer Pflege-, Betreuungs- und zivilgesellschaftliche Pflichten? Wer übernimmt dann die wirklich unangenehmen Arbeiten und Pflichten, wer macht die repetitiven Arbeiten, eben das, was als entfremdete Arbeit gilt? Der gesellschaftliche Trend läuft seit Jahren weg von der Freiwilligkeit in Richtung von Anreizen und marktüblicher Entschädigung.

Vieles ist umstritten und im Fluss in der Gender-Ökonomie. Aber es konnte noch niemand belegen, dass ein bedingungsloses, arbeitsfreies Staatseinkommen die Care-Ökonomie befördern und die Männerbeteiligungsquote in der freiwilligen Betreuung erhöhen würde. Die Pflege- und Betreuungsleistungen müssen als Arbeit besser entschädigt werden, nicht mittels bedingungsloser Staatsrente!

Das bedingungslose Grundeinkommen wird zu einer Chiffre für Problemlösungen gebraucht (oder missbraucht), die es gar nicht erfüllen kann. Eben zum Beispiel mit dem Versprechen, es würde die Segmentierung der Gesellschaft verhindern oder die soziale Betreuung sicherstellen. Der Mitinitiant und Kulturschaffende Endo Anaconda verspricht sich vom bedingungslosen Grundeinkommen bessere Menschen: »Männer werden bessere Väter. Männer werden bessere Künstler.« (20.5.2012)

Ein Leserbriefschreiber im Gewerkschaftsblatt «Work» formuliert treffend das Sehnen hinter dem bedingungslosen Grundeinkommen: « Alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern wird der erniedrigende Gang zum Sozialamt erspart.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Die Idee bindet dank einfachem Konzept unsere Bürokratie zurück. Sparen wir Geld und verteilen es direkt ohne teuren Administration, Stipendien, Ergänzungsleistungen, individuelle Krankenkassenverbilligungen (und wie die vielen Kässeli alle heissen) fallen weg. Der Staat gibt Allen Brot, wer Butter will, darf nach wie vor arbeiten.»

Faszination weniger Staat

Dieses repräsentative Zitat signalisiert indes eine Ernüchterung gegenüber dem bürokratischen Sozialstaat. Ein Motiv für ein generelles, bedingungsloses, einheitliches Grundeinkommen für alle ist das historisch gewachsene System der heutigen Sozialstaatseinrichtungen. Jedes Sozialwerk hat seine eigene Rechtsgrundlage, seine spezifische Betreuungskultur, seine separate Administration und seine verfassungsmässige Finanzierungsgrundlage. Auf Bundesebene sind dies: AHV (plus EL), IV (plus EL), EO, BV, KV, UV, ALV. In den Kantonen: Familienzulagen, Sozialhilfe, Stipendien.

Die interinstitutionelle Zusammenarbeit unter diesen Institutionen ist mangelhaft, die eine Hand weiss oft nicht, was die andere tut. Angesichts dieser für Aussenstehende unübersichtlichen Institutionenbürokratie ist die Idee nahe liegend und verführerisch zugleich, alles zusammen zu legen und nur noch einen einzigen Sozialtransfer mit einem Einheitsrentensatz und einer einzigen Kasse für alle zu kreieren.

Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens ist keine soziale Idee und seine Schöpfer haben neoliberale Ursprünge. Der Antietatist Milton Friedman war einer der ersten. Er wollte den «Sozialapparat» des Staates abschaffen und den Bedürftigen mit einer «negativen Einkommenssteuer» (also einer Staatsrentenzahlung) das Hungern ersparen. Der Oesterreicher Friedrich A. von Hayek legte mit seiner verbissenen Kampfschrift «Wege zur Knechtschaft» (unter «Knechtschaft» versteht er den Sozialstaat) den Startschuss zum neoliberalen Kampf gegen die Staatsbürokratie und für die Reduktion auf eine minimale existenzsichernde Armenhilfe. Der Antietatist Thomas Straubhaar und der Bankökonom Klaus Wellershoff befürworten das bedingungslose Grundeinkommen. Für sie ist es nicht primär eine Sozialmassnahme, sondern eine Strategie zur Verschlinkung des Staates. (Beide haben sich allerdings nach der Lancierung der eidgenössischen Volksinitiative den Medieneinladungen entzogen. Ihnen schwebt wohl eher ein Grundeinkommen auf dem Hartz IV-Niveau von 540 Euro pro Monat vor.)

Bedingungsloses Grundeinkommen bekämpft nicht die Armut

Die Durchschnittsrechnung der Initianten ist simpel: Gesamtsozialausgaben des Staates dividiert durch die Anzahl Köpfe. Eine solche Durchschnittsrechnung ist halsbrecherisch, weil wir in der gesellschaftlichen Wirklichkeit schwere Armutsfälle neben schwer Reichen haben.

In der Schweiz gibt es schätzungsweise 300'000 schwer Pflegebedürftige: Alte mit Demenz und Behinderungen, Invalide, geburtlich, zerebral oder unfallmässig Behinderte. Deren Pflegekosten in einer höhern Pflegebedürftigkeitsstufe betragen 100'000 bis 120'000 Franken pro Jahr. Schwere Operationen an Gelenken, die zu über neunzig Prozent von den Krankenversicherungen und vom Staat finanziert werden, belaufen sich auf 20'000 bis 40'000 Franken, jene am Herzen auf 50'000 bis 100'000 Franken.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Reintegrations- und Rehabilitationsmassnahmen kosten pro Jahr 50'000 Franken und mehr. Sollen solche Fälle von Armutsrisiken bloss mit 2500 Franken Monatsrente abgegolten werden? Die Initianten drückten sich bisher um solche unangenehmen Tatsachen der Realität.

Man muss wissen: Zur Armutsbekämpfung oder Armutsprävention taugt das bedingungslose Grundeinkommen nicht! Die einen brauchen ein Mehrfaches vom Staat – die andern jedoch brauchen nichts. Das ist kein soziales Konzept, sondern ein fundamentaler, gezielter Angriff auf den Sozialstaat, der neben der kausalen Alterssicherung unverschuldete Armut, Behinderung und Bedürftigkeit ausgleicht. Mit 2500 Franken einheitlicher Monatsrente kann er das nicht.

Man kann durchaus zum Schluss kommen, dass der historisch gewachsene Sozialstaat in gewissen Bereichen falsche Anreize setzt und vor allem wegen der Institutionenvielfalt auch Streuverluste und Verzerrungen verursacht. Doch das bedingungslose Grundeinkommen ist ein derart andersartiges, fundamentalistisches Konzept, dass es nicht einmal zur Heilung der Mängel des bisherigen Systems dienen kann.

Abenteuerliche Kostenrechnung

Die Initianten rechnen mit 6 Millionen Erwachsenen, die jährlich 30'000 Franken bedingungsloses Grundeinkommen beziehen, und mit 2 Millionen Kindern und Jugendlichen, die 7500 Franken zugute haben. Grössenordnungsmässig müssten also 200 Milliarden Franken abgeschöpft und umverteilt werden (bei einem Bruttoinlandprodukt von derzeit 550 Milliarden Franken).

Die Gesamtleistungen aller Sozialversicherungen und Sozialhilfen umfassen die Grössenordnung von 140 bis 150 Milliarden pro Jahr. Ohne die Zahlungen der Zweiten Säule sind es rund 100 Milliarden (man kann ja wohl die bestehenden Pensionskassenersparnisse nicht einfach enteignen). Die zusätzlichen Finanzierungen müssten gemäss Initiativkonzept durch eine «Konsumsteuer» finanziert werden. Im europäischen Kontext kommt für die Konsumbesteuerung nur die Mehrwertsteuer in Frage.

Ein Prozentpunkt Mehrwertsteuer ergibt bei uns derzeit rund 2,6 Milliarden Franken Bundeseinnahmen. Man müsste also auf den heutigen Mehrwertsteuer-Normalsatz von 8% zusätzliche 30 bis 40 Mehrwertsteuerprozente hinzuschlagen, notabene mit einer entsprechenden Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus. Die bisherigen Lohnprozentabgaben an die Sozialversicherung sind dabei noch nicht ersetzt. - Das soll keine exakte Rechnung sein, sondern bloss eine gedankliche Annäherung an die gigantische Umverteilungsmechanik durch ein generelles Grundeinkommen für Alle. Verteilungsmässig dient es letztlich den Reichen.

Der Initiant Daniel Straub behilft sich mit einer abenteuerlichen Kalkulation, indem er annimmt, dass die erhöhten Konsumsteuern durch entsprechende Senkung der Produktionspreise im Inland kompensiert werden könnten: Das bedingungslose Grundeinkommen vom Staat würde dann eine Lohnsenkung im Inland für alle Produzenten erlauben, und diese Lohnsenkung würde zu einer Produktionskostensenkung und Preisreduktion der Produkte führen.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Wer bisher 6000 Franken Lohn bezog, soll nach ihm nur noch 3500 Franken Arbeitslohn erhalten, und zusätzlich das allen zustehende Grundeinkommen von 2500 Franken monatlich.

Ist eine solche (deflationäre) Preissenkung möglich? Die Schweiz importiert Waren für rund 200 Milliarden; das sind im Ausland produzierte Konsumgüter für die Haushalte und Halbfabrikate und Vorleistungen für die Unternehmen. Diese Importgüter werden preislich gewiss nicht gesenkt werden können. In grosszügiger Weise vernachlässigt er die gesamten Importe in der offenen Volkswirtschaft. Seine abenteuerliche Rechnung basiert auf einer Inselökonomie – ohne Importe und Exporte, ohne Einkaufstourismus über die Grenze, ohne Konkurrenz zum Beispiel aus den Tieflohnländern Ostasiens.

Die Initianten verzichten (oder vergassen) in ihrem Initiativtext auf eine Bezifferung eines Konsumsteuersatzes. Der Mehrwertsteuersatz (von derzeit 8%) ist aber heute in der Bundesverfassung beziffert. Wollte man ihn anheben, müsste die Verfassung erneut abgeändert werden. Ansonsten bliebe der Verfassungstext gemäss Volksinitiative selbst bei deren Annahme toter Buchstabe. Das ist eine Publikumstäuschung.

Keine Massnahme gegen Arbeitslosigkeit

Gewisse Kreise und vor allem ausländische Autoren, die sich mit der weltweiten Arbeitslosigkeit befassen, erhoffen sich vom bedingungslosen Grundeinkommen eine Umverteilung der Ressourcen zugunsten der Unterbeschäftigung. Die hohen Jugendarbeitslosenquoten im Ausland (z.B. in der EU-27 von durchschnittlich 22%) sind meines Erachtens schlagzeilenwürdiger als die Details zur europäischen Finanzkrise, mit der wir täglich medial gefüttert werden.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Ausland ist allerdings nicht primär das Resultat der Rezession, sondern der falschen, arbeitsmarktfernen Ausbildung. In europäischen Staaten, die keine Berufslehre kennen, ist die Jugendarbeitslosigkeit fast drei Mal höher als in den wenigen Ländern mit einem dualen Berufsbildungssystem: dies sind die Schweiz, Österreich, Westdeutschland, Holland. Wo kein praxisorientiertes Ausbildungssystem auch für nichtakademische Berufe existiert, gibt es am meisten Jugendarbeitslosigkeit. (Strahm: Warum wir so reich sind. Wirtschaftsbuch Schweiz. Bern 2010)

Wie steht es nun mit der Arbeitslosigkeit in der Schweiz? Bei uns pendelt die Jugendarbeitslosenquote je nach Jahreszeit zwischen 3 und 5 %. Die Gesamterwerbslosenquote liegt schweizweit auf gleich tiefem Niveau (bei allerdings höheren Quoten in der lateinischen Schweiz). Das Risiko arbeitslos zu werden, ist bei den Ungelernten drei mal höher als bei Personen mit einem Berufsabschluss. Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein Problem der mangelnden oder fehlenden Berufsausbildung, der missglückten Berufsintegration, der Bildungsferne. Und ausgerechnet diese Integration würde durch ein bedingungsloses Grundeinkommen wegen fehlender Anreize gefährdet!

Die Schweiz leidet nicht unter dem Problem, dass uns die Arbeit ausgeht. Im Gegenteil: Der Zahl der Erwerbstätigen ist in der Schweiz seit dem Jahr 2000 um 600'000 gewachsen, umgerechnet auf Vollzeitbeschäftigte um über 400'000.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Dieser Arbeitskräftebedarf induzierte die hohe Zuwanderung und den Grenzgängeranstieg. Es ist deshalb völlig unzulässig, ausländische Konzepte zur Umverteilung der Arbeit auf die Schweiz zu übertragen. Die von den Initianten erhoffte oder angestrebte Verminderung des Arbeitsvolumens würde in einer offenen Volkswirtschaft im Zeichen der Personenfreizügigkeit durch Rekrutierung von Personal im Ausland kompensiert werden: Durch weitere Zuwanderung zum Arbeitsmarkt Schweiz und Zuwanderung ins Sozialsystem!

Fragen an die Initiative

Utopien und Visionen müssen nicht jede technische Frage zum vornherein beantworten. Es wäre eine Killerstrategie, wenn man nun von der Initiative, die sich als Utopie «zur Befreiung der Schweiz» versteht, nun schon alle Antworten einfordern würde. Aber eine Utopie muss immerhin auch Grundsatzfragen in der Konfrontation mit der Realität beantworten, zum Beispiel diese:

- Wie kann ein bedingungsloses Grundeinkommen in einem Lande mit offenen Grenzen im Zeichen der Personenfreizügigkeit und der freien

Zuwanderung zum Arbeitsmarkt und zum Sozialsystem realisiert und finanziert werden?

- Was sind die Kosten und zusätzlichen Steuerbelastungen und welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen auf Löhne, Preise, Produktionsbedingungen sind zu erwarten? Und was sind die sozialen Umverteilungswirkungen und Zusatzbelastungen der Haushalte durch die erforderliche massive Erhöhung der Mehrwertsteuer?
- Welche bisherigen bedarfsabhängigen Sozialleistungen sollen neben dem bedingungslosen Grundeinkommen doch noch weitergeführt und finanziert werden?
- Wie wird die gewerkschaftliche Initiative für einen gesetzlichen Mindestlohn (den ich ausdrücklich befürworte) durch das Konzept des bedingungslosen, lebenslänglichen Grundeinkommens für alle konkurrenziert und gefährdet? Und wie ist das Verhältnis zur ebenfalls eingereichten und wichtigen Initiative für eine Erbschaftsbesteuerung?
- Was sind die Auswirkungen eines lebenslänglichen Grundeinkommens-Versprechens auf die Motivation, das Lernverhalten und die Selbstverantwortung von jugendlichen Personen?

Ich signalisiere mit diesen Fragen, dass ich die Initiative als utopisches Projekt ernst nehme. Aber auch von den Schöpfern einer «Utopie» darf man erwarten, dass sie sich dem Realitätsbezug stellen.

Realistische Neuorientierungen – hier und jetzt

Wir brauchen anstelle eines bedingungslosen Grundeinkommens, also einer lebenslänglichen Staatsrente für alle, heute zum Beispiel:

- ein Engagement für den gesetzlichen Mindestlohn für alle Erwerbstätigen (Volksinitiative der Gewerkschaften);

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

- den Kampf für eine Pflicht der Arbeitgeber, pro Hundert Beschäftigte ein bis drei Behinderte oder Erwerbsbehinderte in geschützten Arbeitsplätzen aufzunehmen;
- noch mehr Anstrengungen, Jugendliche in eine Berufslehre oder berufliche Grundbildung zu bringen, das ist die wirksamste Armutsprävention;
- eine gesetzliche Pflicht für die bestehenden Sozialeinrichtungen zur interinstitutionellen Zusammenarbeit IIZ oder gar Zusammenlegung der Betreuungsleistungen;
- besondere Fördermassnahmen und Pflichten bei der Integration bildungsferner Migrationspersonen aus dem Ausland, mit anderen Worten: ein Engagement für Fördern und Fordern in der Integrationspolitik.

Die Utopie des bedingungslosen, lebenslänglichen Grundeinkommens ist eine Vision für Übermorgen, - aber sie ist auch eine Flucht vor den aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen von heute.

Flüchten Sie nicht in die Utopie, um sich von den Pflichten der Gegenwart zu befreien!

Grundeinkommen: «Irrweg» und Symptomtherapie

Jürg Müller-Muralt / 30. Nov 2012 - Unctad-Direktor Heiner Flassbeck warnt vor der «grossen Koalition der Grundeinkommensbefürworter»: Gefahr für die Wirtschaft.

Richtig spannend werden politische Projekte erst dann, wenn sie die altbekannten Fronten durcheinanderbringen. Genau das trifft auf die Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen zu – über jenes Konzept also, das jedem Menschen ein bestimmtes Einkommen garantiert, unabhängig davon, ob er arbeitet oder nicht, und unabhängig vom Vermögen. Der frühere UBS-Chefökonom Klaus W. Wellershoff beispielsweise kann dem Konzept einiges abgewinnen; für den Wirtschaftsdachverband economiesuisse wiederum ist ein Grundeinkommen für alle jenseits von Gut und Böse. Nicht nur unter traditionellen Wirtschaftsvertretern wird das Projekt kontrovers aufgenommen, auch innerhalb der Linken herrscht alles andere als Einigkeit. Der Präsident der Gewerkschaft Syna, Kurt Regotz, unterstützt die derzeit laufende Volksinitiative in der Schweiz; der frühere SP-Nationalrat und Sekretär der Gewerkschaft Unia, André Daguet, dagegen bekämpft sie vehement.

Symptomtherapie

Die Trennlinie der Meinungen verläuft also nicht nur zwischen den politischen Lagern, sondern auch mitten durch Parteien, gesellschaftliche und wirtschaftlichen Gruppen. Nun meldet sich mit dem Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck, Direktor bei der Unctad (Uno-Organisation für Welthandel und Entwicklung), eine gewichtige Stimme zu Wort, die eher dem linken Lager zuzuordnen ist. Flassbeck hat im November dieses Jahres zusammen mit drei weiteren Autoren das Buch «Irrweg Grundeinkommen» veröffentlicht (siehe unten). Der Titel sagt deutlich genug, was die vier Ökonomen davon halten. Für sie handelt es sich um einen klassischen Fall von Symptomtherapie.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Die tieferen Ursachen, die den Ruf nach dem Grundeinkommen wieder lauter werden lassen, werden dabei umschifft. Und die wiederum liegen in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Mehrfachkrise.

Grosse Koalition

Flassbeck spricht von einer «grossen Koalition der Grundeinkommensbefürworter» zwischen Neoliberalen, progressiv denkenden Bürgerinnen und Bürgern und Leuten aus dem linken Spektrum. Sie alle werden getragen von der Hoffnung, mit scheinbar einfachen Vorschlägen eine Problemlösung aufzuzeigen. Für Teile des rechten politischen Spektrums wird die Illusion genährt, mit einem – natürlich möglichst tiefen – Grundeinkommen die grundlegende Debatte über Verteilungsfragen dauerhaft zu unterbinden. Die linke Seite wiederum hegt die Illusion, «die Armut erfolgreich zu bekämpfen und zugleich die ökologische Frage und die Frage nach den ‚wahren Werten‘ des Lebens sinnvoll zu beantworten.»

Verständnis für Grundstimmung

Dabei hat Heiner Flassbeck volles Verständnis für die Grundstimmung in weiten Teilen der Bevölkerung, die mit dem Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens aufgegriffen und kanalisiert werden. Die zunehmende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung und die massive Umverteilung von unten nach oben der letzten zwanzig Jahre habe zu einer gefährlichen Frustration geführt: «Sie war ein wirtschaftspolitischer Fehler, nicht nur ein sozialpolitisches Problem, weil die Zunahme der Produktivität immer von der Zunahme der Masseneinkommen begleitet sein muss, damit die Wirtschaft funktioniert», sagt Heiner Flassbeck in einem Interview mit dem deutschen Online-Magazin «Telepolis». Genau das tat es aber nicht.

Es gibt keinen dritten Weg

Mit dem Grundeinkommen werde nun suggeriert, es gebe eine Art dritter Weg, «es könne sozusagen unabhängig von der an den Märkten erzielten Einkommensverteilung eine positive materielle Ausgangsposition für alle Mitglieder der Gesellschaft geschaffen werden.» Das ist gemäss den Autoren des Buches eine Illusion, weil die Spielregeln, wie die Einkommen zustande kommen, nicht in Frage gestellt werden. Auch die Initianten der schweizerischen Volksinitiative zur Einführung eines Grundeinkommens halten in ihrem Begleitbuch mit dem Titel «Die Befreiung der Schweiz» (siehe unten) klipp und klar fest, dass über die Art des Wirtschaftens nicht nachgedacht wird: «Das Grundeinkommen ist eine Weiterentwicklung der Marktwirtschaft. Es sind nicht Staatspläne, welche die Produktion steuern, sondern der Markt kann seine Funktion für die Steuerung der Wirtschaft weiterhin übernehmen. Die Regeln der Marktwirtschaft bleiben bestehen, es ist kein Systemwechsel. Das Grundeinkommen funktioniert innerhalb des bestehenden Systems.»

Ökonomischer kategorischer Imperativ

Irrtum, findet Heiner Flassbeck. Sein Hauptkritikpunkt liegt in der Entkoppelung des Anspruchs auf Grundeinkommen von jeglichen Bezugsbedingungen. Jedes Umverteilungssystem funktioniert nur, wenn stabile materielle Grundlagen vorhanden sind. Das bedingungslose Grundeinkommen krankt aber daran, «dass es die von ihm vorausgesetzte ökonomische Basis systematisch zerstört». Und dann kommt die fundamentale Kritik:

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

«Die wirtschaftliche Stabilität eines demokratischen Gesellschaftssystems beruht nicht zuletzt darauf, dass es für seine Mitglieder Rahmenbedingungen setzt, innerhalb derer jede legale Verhaltensmöglichkeit, auch wenn sie von allen gleichzeitig wahrgenommen wird, zum Erhalt des Systems und nicht zu seinem Untergang beiträgt.» Hier wird eine Art ökonomischer kategorischer Imperativ formuliert.

Streitfrage nicht zu entscheiden

Natürlich würden sich nie alle gleichzeitig auf den Lorbeeren ausruhen und nichts mehr arbeiten. Doch die Autoren um Heiner Flassbeck befürchten trotzdem, dass ein Anreiz geschaffen werde, die Arbeitsleistung in erheblichem Umfang zu reduzieren. Arbeitsteilung lohne sich weniger, entsprechend gehe die Produktivität der Wirtschaft in gefährlichem Masse zurück. Das sehen die Befürworter des **Grundeinkommens** naturgemäss anders. Sie weisen darauf hin, dass wohl nur wenige Erwerbstätige sich freiwillig mit dem Existenzminimum zufriedengeben würden. Der Anreiz zu arbeiten bliebe also erhalten. Zudem ist Geld nicht das einzige Motiv zu arbeiten: Auch Sinnfindung, Befriedigung, Freude an der Arbeit, Kontakt mit anderen Menschen, Anerkennung lässt Menschen tätig werden.

Die Streitfrage kann wohl nicht theoretisch entschieden werden. Zu stark spielen hier unterschiedliche Menschenbilder hinein: Optimistische, die vor allem das kreative Potenzial sehen, das durch eine existenzielle Absicherung für alle freigesetzt würde; und pessimistische, die die Menschen mehrheitlich als faul und minimalistisch einschätzen. Zudem hängen die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen sehr stark von der konkreten Ausgestaltung eines Grundeinkommens ab.

Mindestlohn statt Grundeinkommen

Für Flassbeck jedenfalls ist ein Grundeinkommen ein zu heikles Experiment. Er spricht sich jedoch dafür aus, die beherrschende Stellung der «Marktkräfte» in unserem Denken zu hinterfragen. Allzu oft werde vergessen, dass Marktergebnisse selbst zu erheblichen Teilen Ergebnisse politischer und nicht allein ökonomischer Entscheidungen seien, keinesfalls aber Folgen eines Naturgesetzes. Denn schliesslich setzt die Ordnungspolitik den Rahmen für die Märkte. Die Marktabläufe werden mit der Lohn-, Fiskal-, und Geldpolitik wesentlich beeinflusst. Deshalb plädieren die Autoren für den «eher mühseligen Weg», nämlich gerechte Entlohnung, ein strikt nach Leistungsfähigkeit bemessenes Steuer- und Sozialsystem, Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten. Konkret verlangen sie die Einführung eines Mindestlohns. Das helfe nicht allein jenen, die am unteren Ende der Lohnskala arbeiten, sondern auch allen, die in den Arbeitsmarkt einsteigen. Der Mindestlohn verhindere die andauernde Abwärtsspirale.

Heiner Flassbeck, Friederike Spiecker, Volker Meinhardt, Dieter Vesper. «Irrweg Grundeinkommen. Die grosse Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden». Westend-Verlag, 224 Seiten, CHF 29.90

Grundeinkommen: 1 Million Unterschriften gesucht

Jürg Müller-Mural / 28. Mär 2013 - In 15 EU-Staaten machen jetzt die Bürgerinnen und Bürger Druck für die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Geld für alle, unabhängig davon, ob man arbeitet oder nicht: Das ist das Ziel des bedingungslosen Grundeinkommens. Was in vielen Ohren utopisch tönt oder gar schädlich ist, ist für andere der Schlüssel für eine gerechtere Gesellschaft und ein Weg hinaus aus den unübersichtlichen Sozialversicherungssystemen (Infosperber hat schon mehrfach darüber berichtet, Links siehe unten). Nun ist das Grundeinkommen auch offiziell ein Thema in der Europäischen Union geworden. Bereits Mitte Januar 2013 ist eine Europäische Bürgerinitiative von der EU-Kommission registriert worden, Mitte März erfolgte mit einer Veranstaltung in Wien der Startschuss zur Kampagne. Bis in einem Jahr müssen eine Million Unterschriften gesammelt werden. In der Schweiz läuft noch bis Oktober 2013 eine Volksinitiative zu diesem Thema; nach Angaben der Initianten sind derzeit deutlich über 80 000 von 100 000 notwendigen Unterschriften beisammen.

Erster Versuch zurückgewiesen

Die Europäische Bürgerinitiative ist ein noch junges Instrument der direkten Demokratie in der EU. Formell eingeführt wurde das EU-Volksbegehren auf den 1. April des vergangenen Jahres. Es ist nicht vergleichbar mit der schweizerischen Volksinitiative, seine Durchschlagskraft ist bescheiden. Eine Europäische Bürgerinitiative ist lediglich eine Aufforderung an die Europäische Kommission, eine rechtliche Regelung in Bereichen vorzuschlagen, in denen die EU zuständig ist. Weil sich die EU-Kommission eben als nicht zuständig erklärte, ist letztes Jahr ein erster Versuch einer Initiative für ein Grundeinkommen nicht zugelassen worden.

Initianten finden einen Ausweg

Nun haben die Initianten einen Ausweg gefunden: Sie nennen ihre Initiative «Bedingungsloses Grundeinkommen: Erforschung eines Weges zu emanzipatorischen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen in der EU» (Link siehe unten). Damit wird nicht mehr, wie beim ersten Versuch, direkt ein EU-Rechtsakt zur Einführung des Grundeinkommens verlangt. Brüssel soll lediglich beauftragt werden, Pilotstudien zu fördern und unterschiedliche Modelle auf ihre Machbarkeit zu prüfen. Die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten soll gefördert werden, mit dem Ziel, das Grundeinkommen als Mittel zur Verbesserung der nationalen Sozialsysteme zu prüfen. Denn Brüssel hat direkt nichts zu den Sozialsystemen zu sagen, weil dafür die einzelnen Mitgliedstaaten zuständig sind.

Zentral für Grundrechte

Die Initiantinnen und Initianten der Bürgerinitiative stammen aus 15 EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Slowakei, Slowenien und Spanien) sowie verschiedenen politischen Lagern mit unterschiedlichem kulturellem und weltanschaulichem Hintergrund. Was sie alle eint, ist die Überzeugung, dass das Grundeinkommen zentral ist, «um die Grundrechte zu garantieren, vor allem ein Leben in Würde, wie es in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union dargelegt wird.» Soziale Spaltungen würden gelindert und «es wird auch unnötige, teure, repressive und exklusive Kontrollen sowie die damit verbundene Bürokratie überwinden», wie die Initianten schreiben.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Altbekannte Fronten wackeln

Die Debatte über ein bedingungsloses Grundeinkommen ist deshalb so bemerkenswert, weil sie altbekannte Fronten durcheinanderbringt. Unterschiedlichste Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft können der Idee einiges abgewinnen. Der luxemburgische Premierminister und zwischen 2005 und 2013 Euro-Gruppenchef, antwortete beispielsweise bereits 2006 auf die Frage der «Frankfurter Rundschau», welche Mindeststandards in der EU unerlässlich seien: «Ein Grundeinkommen. Das heisst: Jeder, der in einem EU-Mitgliedsland wohnt, hat Anspruch auf ein Mindesteinkommen. Dieses muss natürlich nicht überall gleich sein. Brüssel kann nicht die Höhe festlegen, sollte aber prinzipielle Regeln für eine soziale Grundsicherung formulieren.»

«Billige» Jobs werden teuer

Ulrich Beck, einer der bekanntesten deutschen Soziologen und Gastprofessor an der London School of Economics, legt sich ebenfalls für das Grundeinkommen ins Zeug. Auf die Frage des «Tagesspiegels», wer denn nach der Einführung eines Grundeinkommens überhaupt noch arbeiten wolle, meinte er: «Gerade dann werden viele erst arbeiten wollen, weil sie sich endlich den Lohn nicht mehr vom Arbeitgeber vorschreiben lassen müssen, sondern selbstständig über eine gerechte Vergütung verhandeln können. Sie riskieren dabei nichts, weil sie ja ihr Grundeinkommen haben.» Und was passiert mit den Jobs, die niemand machen will? «Die werden richtig teuer werden, gerade weil sie gemacht werden müssen und weil man dann niemanden mehr einfach mit einem Hungerlohn abspeisen kann. Das ist ja das Besondere am Grundeinkommen, dass es auch den Arbeitnehmer zum Unternehmer macht, und zwar gerade den Arbeitnehmer, der besonders schwere und unschöne Arbeit leistet.»

Marxisten und Neoliberale gemeinsam

Von marxistischer Seite herkommend ist Claus Offe, früherer Professor für Soziologie an der Humboldt-Universität Berlin, ein vehementer Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens. Er ist wissenschaftlicher Beirat des deutschen Netzwerks Grundeinkommen, das die Europäische Bürgerinitiative mitträgt. Der Schweizer Thomas Straubhaar dagegen ist ein neoliberaler Ökonom und Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts. Er hat zusammen mit dem ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten Thüringens, Dieter Althaus, das Konzept des Solidarischen Bürgergelds entwickelt. Straubhaar will mit dem bedingungslosen Grundeinkommen die bisherigen Sozialversicherungssysteme ersetzen und die staatlichen Transferleistungen zusammenführen.

Top-Unternehmer macht Druck

Auch einzelne Unternehmer stehen für das bedingungslose Grundeinkommen ein. Götz W. Werner, Gründer des dm-Drogeriemarkts und einer der bekanntesten deutschen Unternehmer, setzt sich vehement für das Grundeinkommen ein, wie aus seiner Homepage hervorgeht: «Götz Werner gibt der Grundeinkommensbewegung Gewicht durch seine gesellschaftliche Stellung. Von einem erfolgreichen Unternehmer nimmt man an, dass er einen besonderen Realitätssinn habe und gerade deswegen eher nicht für eine so utopisch klingende Idee wie die des Grundeinkommens sei.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Doch das Gegenteil ist der Fall. Und zwar nicht aus einem bloßen Ideal, sondern aus Erkenntnissen und Erfahrungen in einem großen Konzern, der gerade aufgrund von Transparenz, Selbstführung der Mitarbeiter und Zutrauen zu allen Beteiligten besonders erfolgreich ist. Ein Unternehmen, das auch hinsichtlich des Verständnisses von Wirtschaft über sich hinausweist.»

Ein Thema, das Menschen bewegt

Was das grundsätzliche Bekenntnis zu einem wie auch immer gearteten Grundeinkommen von so unterschiedlichen Richtungen allerdings auch erahnen lässt: Das Ringen um Detailkonzepte, Finanzierung und Mechanismen eines derart massiven Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft wäre gigantisch. Ganz abgesehen davon, dass die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen der verschiedenen Befürworter eines Grundeinkommens einigermassen inkompatibel sind. Doch wie auch immer: Die Tatsache, dass sowohl in der EU wie in der Schweiz gleichzeitig Initiativen mit gleicher Stossrichtung laufen, ist bemerkenswert. Es zeigt, dass es ein Thema ist, das viele Menschen bewegt.

Wehrpflicht, Dienstpflicht, Grundeinkommen

Robert Ruoff / 07. Okt 2013 - Avenir Suisse fordert eine Stärkung des Milizsystems für mehr Freiwilligenarbeit. Das bedingungslose Grundeinkommen passt dazu.

Das wuchtige – aus gesellschafts-, staats- und sicherheitspolitischen Gründen berechtigte – «Nein!» zur Abschaffung der Wehrpflicht war vielleicht nicht nur und nicht einmal in erster Linie ein Ausdruck der heftigen Liebe des Schweizer Volkes zu seiner Armee. Auch das vom Bundespräsidenten wiederbelebte Reduitdenken - nach Ueli Maurers Motto «David gegen Goliath» - war wohl nur einer von mehreren Gründen. Vielleicht hat tatsächlich der in der Schweiz so tief verwurzelte Milizgedanke eine wichtige Rolle gespielt.

Der Milizgedanke

Und vielleicht ist genau dieser Milizgedanke ein wichtiges Motiv für die heutige und künftige positive Haltung zur Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen, die nun mit über 130'000 Unterschriften eingereicht worden ist.

Die Grüne Partei der Schweiz hat unmittelbar nach der Wehrpflicht-Abstimmung Vorstösse für einen Zivildienst für Männer und Frauen angekündigt, der die freie Wahl zwischen Zivil- und Militärdienst vorsieht. Und zum zivilen Dienst sollen auch Ausländerinnen und Ausländer verpflichtet werden.

«Ein Bürgerdienst für alle!»

Das Thema Zivildienst steht auf der Agenda. Oder eine allgemeine Dienstpflicht. Genauso wie nun auch das Thema Grundeinkommen.

Andreas Müller, Vizedirektor der Denkfabrik Avenir Suisse, hat vor sechs Wochen den Milizgedanken in den Abstimmungskampf zur Wehrpflicht gebracht. «Der schweizerische Milizstaat setzt freiwilliges Engagement voraus», schrieb er im «Tages-Anzeiger», und er stellte mit Bedauern fest:

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

«Dieses republikanische Modell, wie es Gottfried Keller vorschwebte und vom Bürger freudige Beteiligung erwartete, ist in der Krise.» Als «republikanisch» bezeichnet Müller die «Vorstellung, dass ein jeder Bürger mit den entsprechenden Fähigkeiten neben- oder ehrenamtlich öffentliche Ämter und Aufgaben übernehmen sollte.» (Siehe auch [«Avenir Suisse»](#)).

«Individualisierung und globalisierte Arbeitswelt» sieht er unter anderem als Gründe für die Krise des Milizsystems, das «neben der direkten Demokratie und dem Föderalismus ...ein zentraler Pfeiler des Staates» ist. Der liberale Denker aus der Denkfabrik entwirft für die Zukunft der Schweiz – ganz im Sinne des Namens «Avenir Suisse» – zwei Möglichkeiten: Auf der einen Seite «eine individualistisch-liberale, expertenorientierte Schweiz», also die Angleichung an die professionalisierte Politik, wie sie ringsum in Europa herrscht, wo allerlei Experten den professionellen Politikern ihre Empfehlungen abgeben, die diese Politiker dann nicht beherzigen. Und auf der anderen Seite sieht er «eine genossenschaftlich-liberale, republikanische Schweiz», in der man den Milizgedanken «modernisiert, verbreitert und akzeptabler macht».

Der Anfang der Genossenschaftsidee

Das ist ein sympathischer Gedanke. Die Genossenschaftsidee geht zurück auf Robert Owen. Manche nennen ihn einen Frühsozialisten. Er war sicher ein gescheiterter Utopist, ein erfolgreicher Unternehmer und ein nachhaltiger Sozialreformer, dessen beispielhafte Entscheidungen bis heute nachwirken. In seiner schottischen Baumwollspinnerei reduzierte Owen die Arbeitszeit auf 10.5 Stunden – von den damals üblichen 13 bis 14 oder gar 16 Stunden –, und er führte Errungenschaften ein, die heute für die Mehrheit als selbstverständlich gelten: «Abschaffung der Kinderarbeit, Schulbildung der Kinder, Arbeitszeitbeschränkung, effiziente Organisation der Betriebsabläufe, Motivation der Mitarbeiter, saubere Arbeitsplätze, Gewerkschaftsbildung, Genossenschaftswesen». Er kombinierte soziale Errungenschaften mit innovativer Produktionstechnik, und der Erfolg brachte seinem Musterbetrieb den Besuch des russischen Zaren und der österreichisch-habsburgischen Prinzen ein. «Die Produktivität in der Fabrik erhöhte sich drastisch, die Zahl der Diebstähle ging zurück, Bestrafungen innerhalb der Fabrik waren nicht mehr nötig.» ([Wikipedia](#))

An technologischer Innovation leiden wir gegenwärtig keinen Mangel. Aber wer offenen Auges durch die heutige Welt geht, kann nicht übersehen, dass eine grundlegende Umgestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen erneut dringend notwendig ist. Der Begriff einer «genossenschaftlich-liberalen, republikanischen Schweiz» dürfte dafür eine sehr gut geeignete Orientierungsmarke sein.

Für eine genossenschaftlich-liberale Gesellschaft

Das bedingungslose Grundeinkommen bietet sich als Treiber für eine solche Entwicklung geradezu beispielhaft an. Die Idee, vielleicht sogar die Vision des Grundeinkommens ist ja weit mehr als eine materielle Absicherung für alle Menschen in einer Gesellschaft, die einen enormen Reichtum produziert. Das bedingungslose Grundeinkommen beruht auf dem Modell einer solidarischen - «genossenschaftlichen» - und gleichzeitig freiheitlichen - «liberalen» - Gesellschaft. Es beruht auf der bewussten, freien Entscheidung, den gemeinsam produzierten Reichtum so zu verteilen, dass niemand lebensgefährdende Not leiden muss.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Und diese bescheidene, aber grundlegende materielle Absicherung soll jedem und jeder Einzelnen die Möglichkeit geben, in freier Entscheidung Eigeninitiative und schöpferische Fähigkeiten zu entfalten, um ein höheres Einkommen zu erzielen und zugleich einen Beitrag zum Gemeinwesen zu leisten.

Es gibt Beispiele dafür.

Grundeinkommen statt Entwicklungshilfe

Die «Süddeutsche Zeitung» schildert – parallel zu ihrem Bericht über die Schweizer Volksinitiative – unter dem Titel [«Grundeinkommen statt Entwicklungshilfe»](#), wie in Quatinga Velho (Nähe Sao Paulo, Brasilien) und in zwei Gemeinden in Namibia das Grundeinkommen praktiziert wird. Das Geld kommt von Spendern aus Deutschland, Japan, Costa Rica und Neuseeland – von Menschen und Vereinen, die von der Idee überzeugt sind.

In Brasilien steht das Grundeinkommen in der Verfassung. Es wird aber sehr langsam aufgebaut, nach Massgabe der Zahlungsfähigkeit des Staates. Zurzeit erhalten nur sehr arme Familien den kleinen Betrag, was auch zur Vorspiegelung falscher Armut führt, weil die Menschen zu gerne an das Geld kommen wollen. Das heisst: Das bedingungslose Grundeinkommen muss unterschiedslos allen zugutekommen, wenn es nicht Fehlverhalten provozieren soll.

Es muss aber nicht überall zwingend bedingungslos sein. In Brasilien müssen die Empfänger die Kinder impfen lassen, sie zur Schule schicken und selber an Alphabetisierungskampagnen teilnehmen. Das Grundeinkommen dient so auch der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung über die Generationen hinweg.

Brasilien und Namibia: beispielhafte Projekte

In Namibia lief das Projekt des bedingungslosen Grundeinkommens offiziell 2008 und 2009. Gegenwärtig wird es mit Spenden aufrechterhalten, weil die namibische Regierung sich nicht hat überzeugen lassen.

Der Start des Projektes entsprach den schlimmsten Vorurteilen: «Der erste Zahltag endete in einem Saufgelage», schreibt die «Süddeutsche Zeitung» – wahrscheinlich zur nicht geringen Genugtuung auch der Schweizer Gegner der umwälzenden Idee. Aber weiter im Text: «Doch dann begannen die Menschen zu investieren. Eine Frau kaufte sich Hühner und verkaufte die Eier, andere fuhren von dem Geld in die Stadt und besorgten Stoffreste, aus denen sie Kleider nähten. Ein Mann begann Ziegelsteine zu backen. So berichtete es der «Spiegel» (3/2009). Im Jahresbericht für das Projekt steht, «dass mehr Menschen Arztgebühren bezahlten und die Polizei weniger Diebstähle vermeldete.» Und es gilt für Brasilien wie Namibia: «Die Initiatoren beobachteten auch, dass sich die Menschen untereinander mehr halfen. Sie diskutierten die Probleme der Gemeinde und wurden selbstbewusster.»

Wo eine bescheidene, aber ausreichende materielle Grundlage für die Entwicklung von gemeinschaftlicher Initiative gelegt wird, sinkt die Kriminalität und es steigt das Selbstwertgefühl.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Mehr Unabhängigkeit, mehr Würde

Das bedingungslose Grundeinkommen ist die Ausgangsbasis auf dem Weg zu einem sehr viel weiter gesteckten Ziel: mehr Solidarität, mehr Unabhängigkeit, mehr Freiheit, mehr Würde. Es verändert die Beziehungen der Menschen zu einander.

- Es verändert die Beziehungen zwischen den Menschen, die mit ihrer Arbeit in Lohn und Brot stehen, und den Menschen, die keine Arbeit haben. Die Entwicklung der Technologie in der kapitalistischen Wirtschaft sorgt dafür, dass wir in Gegenwart und Zukunft mehr Arbeitslose haben als der bürokratische Begriff der «Sockelarbeitslosigkeit» besagt. Das bedingungslose Grundeinkommen erspart den demütigenden Gang zum Arbeitsamt und die bürokratische Zeitverschwendung zugunsten der Entwicklung von Eigeninitiative.
- Es verändert die Beziehungen zwischen den Menschen, die einer (bezahlten) Erwerbsarbeit nachgehen und den Menschen, die gesellschaftlich wichtige, unverzichtbare, aber heute unbezahlte Arbeit leisten, von der Kinderbetreuung über Bildungs- und Integrationsarbeit bis zur Altenpflege. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen erfahren die «Freiwilligenarbeiterinnen und -arbeiter» anstelle einer kostenlosen, wohlwollend herablassenden Dankesbezeugung eine kleine materielle Ausstattung, die ihnen da oder dort vielleicht sogar zu etwas Freiraum verhilft.
- Es verändert die Beziehungen zwischen dem Elternteil, der einer bezahlten Arbeit nachgeht, und dem anderen Elternteil – bis heute mehrheitlich Frauen –, der die Erwerbsarbeit mit dem häuslichen Einsatz für Kinder und Familie erst möglich macht. Das bedingungslose Grundeinkommen befreit den Hausarbeiter, die Hausarbeiterin von der unwürdigen finanziellen Abhängigkeit vom Partner auf der Karriereleiter, sei es der alte Macho, sei es die junge Neomanze.

Das bedingungslose Grundeinkommen schafft vielleicht sogar ein Stück Unabhängigkeit von dem Kapital, das nur eine unwürdige oder unterbezahlte Arbeit anbietet. Es eröffnet vielleicht eine Chance, sich stattdessen für eine sinnerfüllte Produktion nützlicher Güter in einem menschlich gestalteten Arbeitszusammenhang zu entscheiden.

Für die Skeptiker, die sich (vor allem junge) Menschen nur als faule Müssiggänger vorstellen können, wenn sie nicht dem «gesunden Leistungsdruck» des Broterwerbs ausgesetzt sind, abschliessend noch ein statistischer Hinweis: Eine jüngst veröffentlichte unabhängige [Umfrage der ETH und der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW](#) zum Gerechtigkeitsempfinden von Schweizerinnen und Schweizern in Bezug auf das bedingungslose Grundeinkommen stellt unter anderem fest, dass 7 Prozent der Befürworter keiner Erwerbsarbeit mehr nachgehen würden, wenn das bedingungslose Grundeinkommen eingeführt wäre. Bei den Gegnern wären es 14 Prozent.

(Wird fortgesetzt: Freies Denken für das Grundeinkommen)

Zwischen Sozialpolitik und Revolution

Jürg Müller-Mural / 21. Okt 2013 - **Die Erwartungen an das bedingungslose Grundeinkommen sind hoch. Sie reichen bis hin zur antikapitalistischen Revolution.**

Ist das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) eine sozialpolitische Massnahme ohne grundlegenden Systemwechsel? Oder ist es ein trojanisches Pferd im Kampf gegen den Kapitalismus? Offenbar beides. Zumindest erhält man diesen Eindruck, wenn man das jüngste Buch zum Grundeinkommen liest (Ronald Blaschke, Werner Rätz: «Teil der Lösung. Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen», siehe Link unten).

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Es zeigt einmal mehr, wie stark dieses Projekt die Phantasie anregt und wie unüberhörbar die publizistische Begleitmusik zu entsprechenden politischen Projekten ist. Schon die am 4. Oktober 2013 eingereichte [schweizerische BGE-Volksinitiative](#) ist während der Unterschriftensammlung durch ein Büchlein mit dem Titel «Die Befreiung der Schweiz» angefeuert worden.

Keine Grundwelle für EU-Bürgerinitiative

Das soeben erschienene Buch versteht sich auch als Antwort auf die Anti-BGE-Streitschrift [«Irrweg Grundeinkommen»](#) des früheren Unctad-Direktors Heiner Flassbeck und ist kurz vor Einreichung der Volksinitiative erschienen. Das ist allerdings wohl eher ein Zufall, denn die meisten Autorinnen und Autoren sind Deutsche und Österreicher. Auch sie haben Anlass, die publizistische Werbetrommel zu rühren: Das Grundeinkommen ist auch Gegenstand einer [Europäischen Bürgerinitiative](#). Doch im Gegensatz zum Volksbegehren in der Schweiz sind die Unterschriftensammler in der EU noch weit vom Ziel entfernt: Die einjährige Sammelfrist für eine Million Unterschriften läuft Mitte Januar 2014 ab – und im Oktober 2013 sind erst etwas mehr 100 000 Online-Unterschriften zusammengekommen (Link siehe unten).

Eine Grundwelle sieht anders aus. Umgekehrt proportional zur mangelnden Begeisterung in der breiten Bevölkerung ist die Debattierlust der Aktivistinnen und Aktivisten. Das zeigt die jüngste Publikation eindrucklich. Da leuchten verschiedene Autorinnen und Autoren in sehr grundsätzlicher Manier die diversen Ansätze und Aspekte eines bedingungslosen Grundeinkommens aus. Fragen der Einkommensverteilung kommen ebenso zur Sprache wie Geschlechtergerechtigkeit, Ökologie und die Überwindung des Kapitalismus.

Abgrenzung gegenüber neoliberalen BGE-Befürwortern

So unterschiedlich die Ansätze der einzelnen Beiträge sind, so klar scheint die Haltung der Herausgeber gegenüber den eher wirtschaftsnahen BGE-Befürwortern zu sein: Die passen nicht ins Konzept. So kommen Leute vom Kaliber eines Thomas Straubhaar, neoliberaler Ökonom und Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts, nicht zu Wort; Straubhaar will mit dem bedingungslosen Grundeinkommen die bisherigen Sozialversicherungssysteme ersetzen und die staatlichen Transferleistungen zusammenführen. Solche Ideen haben eher den «schlanken Staat» im Visier und werden primär unter Effizienzaspekten thematisiert. Aber auch unabhängige Geister wie Ulrich Beck, einer der bekanntesten deutschen Soziologen der Gegenwart, der Originelles und Bedenkenswertes zum BGE gesagt hat, sucht man vergebens.

«Eminent linksemanzipatorisch»

Erstaunlich ist das nicht, denn die Autorinnen und Autoren dieses Buches sind alle in den Grundeinkommensnetzwerken in Deutschland, Österreich und der Schweiz aktiv. Das Abgrenzungsbedürfnis gegenüber anderen BGE-Konzepten ist ausgesprochen stark. Unter der Formel «bedingungsloses Grundeinkommen» hat viel Platz, deshalb gelte es, «zwischen neoliberalen Grundeinkommensvorstellungen und dem, wofür wir eintreten, klare Grenzen zu ziehen». Und so heisst es denn auch in einem der Beiträge: Das BGE habe einen «eminent linksemanzipatorischen Anspruch». Schon Ende der Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts habe die «Arbeitsutopie» der Vollbeschäftigung an Überzeugungskraft eingebüsst: «Hier zeigte sich die Krise linksreformistischer Politikmodelle innerhalb des Kapitalismus, die sich immer an den Koordinaten Erwerbsarbeit/Einkommen, Wachstum, soziale Sicherheit orientierten».

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Nur konsequent ist dann der Gedanke, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen «grundsätzlich über den Kapitalismus hinausweist». Dies ganz einfach deswegen, weil die Einführung des BGE «den Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft mildern würde» und dieser Zwang «der Kernbestand kapitalistischer Ausbeutung ist».

BGE als «Kulturimpuls»

Werner Rätz, einer der Herausgeber des Buches, hält denn auch fest, dass die Debatten um das BGE seit Jahren kontrovers geführt würden, in einem Punkt jedoch alle einig seien, nämlich «dass seine Einführung die Gesellschaft tiefgehend verändern würde». Alle? Albert Jörimann wohl eher nicht. Der einzige Schweizer Autor des Sammelbandes findet gar, einige BGE-Befürworter argumentierten manchmal kontraproduktiv. Dies gelte vor allem für «Anhänger aus dem kapitalismuskritischen Lager». Er ist der Ansicht, die Einführung des Grundeinkommens in der Schweiz wäre ohne Systemwechsel möglich und «ohne dass die Schweizer Gesellschaft und die Volkswirtschaft in ihren Grundfesten erschüttert werden und zusammenbrechen (oder revolutioniert werden)». Für Jörimann ist das BGE vor allem ein «Kulturimpuls», eine radikale Befreiung von Verhaltens- und Denkwängen. Neue Lebensentwürfe würden möglich. Im Zentrum des Projekts Grundeinkommen stehe nicht die Umverteilung, sondern der einzelne Mensch.

Besonders wichtig für Frauen

Ein anderer Beitrag sieht die Umverteilung sehr wohl als Thema, wenn er sich auf die Suche nach der «richtigen Einkommensverteilung» macht. Er kommt zum Schluss, dass eine eher gleichmässige Verteilung – nicht zuletzt auch aus makroökonomischer Sicht – am geeignetsten sei für das Wohlergehen der Menschen. Dadurch würden nicht nur «nachfragebedingte Einbrüche der Wertschöpfung» vermieden, sondern auch Ressourcen geschont.

Auch Antje Schrupp geht es in ihrem Beitrag um allgemeinen Wohlstand; dazu gehöre, dass alle notwendigen Arbeiten verlässlich und in guter Qualität erbracht werden. Der Begriff der Notwendigkeit sei aus dem westlichen Freiheitskonzept verdrängt worden und habe zu einem «verzerrten Verständnis von Ökonomie» geführt, indem zum Beispiel der grosse Anteil von notwendigen Pflege- und Fürsorgearbeiten in den meisten Wirtschaftstheorien unbeachtet blieb. Ein Grundeinkommen brächte diese wichtige und häufig von Frauen erbrachte Gratisökonomie wenigstens zu einem Teil in den Bereich der expliziten Geldströme.

Aber Achtung: Ein Grundeinkommen darf nicht als «Herdprämie» missverstanden werden. Es kann im Gegenteil als Unterstützung für Frauen mit niedrigen Löhnen als Hebel wirken, um existenzsichernde Löhne und generell bessere Arbeitsbedingungen auszuhandeln, weil sie dank des Grundeinkommens nicht mehr auf Gedeih und Verderb im Niedriglohnssektor zu arbeiten gezwungen wären.

Fortentwicklung zur «Tätigkeitsgesellschaft»

Bemerkenswert sind auch jene Beiträge, die sich aus philosophischer oder gar theologischer Sicht mit dem Arbeitsbegriff auseinandersetzen. Hauptkritikpunkt: Arbeit wird meist mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt. Dabei kenne die jüdisch-christliche Tradition keine Aufwertung bestimmter Tätigkeiten gegenüber anderen. Die Erwerbsarbeitsgesellschaft müsse fortentwickelt werden in eine «Tätigkeitsgesellschaft», in der Privatarbeit und Gemeinwesen bezogene Arbeit mittels Grundeinkommen aufgewertet würden, fordern zwei Vertreter der katholischen Arbeitnehmerbewegung.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

In radikaler Rhetorik schreibt die in kritisch-oppositionellen Gewerkschaftskreisen aktive Mag Wompel zum Arbeitsbegriff: «Als verhängnisvoll erweist sich, dass viel zu selten zwischen Arbeit, also einem zum Überleben des Menschen notwendigen Tätigsein, und Lohnarbeit, als pervertiertem Sklaventum der Menschen, unterschieden wurde und wird.» Doch «das Kapital kann kein bedingungsloses Grundeinkommen zulassen, da es auf die disziplinierende und kostensenkende Wirkung der Lohnabhängigkeit und der damit verbundenen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt angewiesen ist».

Klassisch marxistische Analyse

Das Buch vereinigt einige sehr interessante, sehr grundsätzliche und einige auch sehr radikale Beiträge zum Thema. Analyseansatz und Terminologie sind über weite Strecken klassisch marxistisch. Einige Beiträge wirken zwar überzeugend, aber gleichzeitig machen sie nicht den Eindruck, dass die Verfasser sich sehr stark mit konkreten politischen Umsetzungsschritten beschäftigt hätten; der Abstraktionsgrad ist sehr hoch.

Dies im Gegensatz zum bereits oben zitierten Albert Jörimann, der das Fuder im Hinblick auf den direktdemokratischen Entscheidprozess offensichtlich nicht überladen will. Das Themenspektrum im Zusammenhang mit dem BGE sei zwar gewaltig, aber man handle nach der Devise, dass allein das Grundeinkommen angepeilt werde, «alles andere bleibt unverändert»; das sei «eine zentrale Arbeitshypothese bei der Kampagne für ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Schweiz». Im Hinblick auf die Volksabstimmung ist das taktisch geschickt. Aber ganz ehrlich ist es nicht. Denn die Einführung eines BGE würde eine gewaltige Dynamik in Gang setzen – in welche Richtung auch immer.

Geld für alle: Mehr als eine sozialistische Utopie

Philipp Löpfe / 13. Okt 2015 - Das bedingungslose Grundeinkommen hat nichts mit Schlendrian zu tun. Es würde uns von staatlicher Hilfe emanzipieren.

Die Reaktion auf die Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen im Nationalrat war vorhersehbar. «Arbeitsanreize fielen bei dieser gigantischen sozialistischen Umverteilung weg, ebenso der Wille zur Innovation», kommentierte beispielsweise die «NZZ» und kam zum Schluss: «Auf solche Experimente darf sich die Schweiz auf keinen Fall einlassen.»

Die Schweiz zeigt jedoch immer grössere Lust, sich auf ein solches Experiment einzulassen. Als die Idee vor rund zehn Jahren lanciert wurde, da wurden die Initianten entweder als naive Romantiker belächelt oder als Spinner verspottet. Das hat sich geändert. Zur allgemeinen Überraschung ist es gelungen, mehr als 100'000 Unterschriften für eine Volksinitiative zu sammeln. Deshalb haben wir bald die Gelegenheit, darüber an der Urne zu befinden.

Von «gigantischer sozialistischer Umverteilung» spricht heute nur noch, wer sich nicht mit der Sache befasst hat. Die Realität ist eine ganze andere: So hat beispielsweise die konservative finnische Regierung kürzlich das Grundeinkommen in ihr Regierungsprogramm aufgenommen. Stramm liberal denkende Ökonomen wie etwa Thomas Straubhaar oder Klaus Wellershoff, der ehemalige Chefökonom der UBS, haben sich als Befürworter des Grundeinkommens geoutet. Daniel Häni, eine der treibenden Kräfte der Initiative, stellt denn auch klar, dass das Grundeinkommen nichts mit Sozialismus am Hut hat:

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

«Es würde ganz einfach ein freier Markt entstehen», erklärte er in einem Interview mit dem «Migros Magazin». «Damit kann ich als Unternehmer sehr gut leben.»

Technologischer Wandel macht viele Jobs überflüssig

Nicht der verblassende Charme des Sozialismus ist verantwortlich für die wachsende Akzeptanz der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Der Grund liegt zunächst beim rasanten technologischen Wandel. Die «dritte industrielle Revolution» ist mittlerweile mehr als ein Schlagwort.

Immer mehr Menschen erfahren konkret im Alltag und vor allem am Arbeitsplatz, wie der technologische Fortschritt ihr Leben zu verändern beginnt. Und das ist erst der Anfang: Experten wie der ETH-Professor Dirk Helbing prophezeien bereits, dass bis 2050 rund die Hälfte aller Jobs überflüssig werden, weil intelligente Software und Roboter die meiste Arbeit für uns erledigen. Der amerikanische Starökonom Tylor Cowen spricht gar von 80 Prozent. Nicht «Kapitalismus oder Sozialismus?» lautet daher die zentrale Frage der sich abzeichnenden Wirtschaftsordnung, sondern: Mangel oder Überfluss?

Die Marktwirtschaft hat sich als sehr effizient beim Beseitigen des Mangels erwiesen. Etwas zugespitzt kann man sagen: Heute lebt ein Sozialhilfeempfänger komfortabler als ein Adliger vor 300 Jahren. Geht es aber darum, den Überfluss zu verteilen, versagt die Marktwirtschaft. Die Ungleichheit wächst und ein neuer Geldadel entsteht. Das widerspricht nicht nur den zentralen Werten einer bürgerlichen Gesellschaft, es wird auch zu einem Hemmschuh für die Wirtschaft.

Hundesitter mit Hochschulabschluss

Der Wettbewerbsdruck auf dem Arbeitsmarkt hat sich massiv verschärft, und er wird sich wegen des technischen Fortschrittes weiter verschärfen. Das Resultat sind stagnierende oder gar sinkende Löhne und steigende Arbeitslosigkeit. In der Schweiz erfreuen wir uns diesbezüglich noch paradiesischer Zustände, doch das könnte sich bald ändern: In Europa sind mittlerweile mehr als 20 Millionen Menschen arbeitslos, vor allem Jugendliche.

Natürlich werden mit dem technischen Wandel auch neue Berufe und damit Arbeitsplätze geschaffen. Es mehren sich jedoch die Zweifel, ob es auch genügend sein werden. Zudem ist es auch fraglich, ob eine Gesellschaft stabil sein kann, wenn Arbeitnehmer mit Hochschulabschluss ihr Geld als Hundesitter, Yogalehrer oder Barista verdienen müssen. Eine bessere Verteilung der Arbeit – beispielsweise eine Reduktion der Arbeitszeit – scheint politisch chancenlos zu sein. Um die Wirkungen des starken Frankens abzufedern, werden neuerdings die Arbeitszeiten sogar wieder verlängert.

Angesichts dieser Entwicklung ist ein Grundeinkommen nicht eine moralische Frage, sondern eine ökonomische Notwendigkeit. «Die Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass die Menschen konsumieren», stellt Häni fest. «Wenn immer mehr Jobs von Maschinen erledigt werden, dann muss man den Menschen ein Grundeinkommen gewähren, damit sie sich weiterhin Güter und Dienstleistungen kaufen können.»

In einer ersten Phase der Diskussion um ein Grundeinkommen dominierte die Finanzierungsfrage. Wie hoch soll der Betrag sein? Sollen ihn auch Kinder erhalten? Woher kommen die zusätzlichen Milliarden? Darüber verzettelte man sich bald in fruchtlosen Diskussionen über technische Details und fragwürdige Statistiken.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Arbeit nicht abschaffen, sondern veredeln

Natürlich ist die Finanzierungsfrage wichtig. Noch wichtiger ist hingegen die Philosophie. Beim Grundeinkommen geht es nicht darum, die Arbeit abzuschaffen. Es geht vielmehr darum, sie zu veredeln. Die Vorstellung eines Schlaraffenlandes für alle ist daher kompletter Unsinn.

Bei einem Grundeinkommen können wir alle unser künstlerisches Talent ausleben, lautet eine weit verbreitete Vorstellung. Wir können den Jimi Hendrix oder den Picasso in uns entdecken und unbekümmert loslegen. Schön wär's. Kunst und Wissenschaft haben – genauso wie Spitzensport – weniger mit Talent als mit Fleiss und Ausdauer zu tun. Wer es als Künstler oder Wissenschaftler an die Spitze bringen will, muss üben, üben und nochmals üben. 10'000 Stunden gilt als das Minimum, um in der obersten Liga bestehen zu können.

Das wird sich auch mit einem Grundeinkommen nicht ändern. Es wird keine Hängematte für eingebildete Künstler und Wissenschaftler aufspannen, sondern im Gegenteil den Wettbewerb verschärfen. Das Grundeinkommen wird uns daher zu einer neuen Ehrlichkeit gegenüber uns selbst zwingen. Das Gute daran: Wir haben so die Chance, selbstbestimmte Menschen zu werden. «Ich werde souverän. Ich muss nicht mehr denken und gehorchen, weil ich es brauche, sondern weil ich Mensch bin», schreibt Häni im Buch «Was fehlt, wenn alles da ist?», das er zusammen mit Philip Kovce verfasst hat.

Chancenlos, aber nicht nutzlos

Dass die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen an der Urne angenommen werden wird, ist äusserst unwahrscheinlich. Selbst die Initianten glauben nicht daran. Es wäre in der Praxis auch unmöglich, eine solche Umstrukturierung der Gesellschaft über Nacht vollziehen zu wollen. «Das Grundeinkommen wird nicht mit einer Revolution, sondern pragmatisch und in kleinen Schritten kommen», sagt Kovce.

Trotzdem ist die Initiative alles andere als nutzlos. Allein die Tatsache, dass es sie gibt, hat vieles in Bewegung gebracht. Es ist ein bisschen so wie mit dem Google-Auto. Seit man erkannt hat, dass es grundsätzlich möglich ist, ein solches Auto zu bauen, ist die Industrie aufgewacht. Ob wir bald von Software gesteuerte Autos auf unseren Strassen sehen werden, ist ungewiss. Doch Autos können jetzt plötzlich selbstständig parkieren und im Notfall auch selbstständig bremsen.

Die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte – was unsere zukünftige Wirtschaftsordnung betrifft – eine ähnliche Wirkung auslösen. Und wer weiss, vielleicht spricht es sich ja sogar einmal bis zur NZZ herum, dass dies alles nichts mit Sozialismus und Schlendrian zu tun hat. «Das bedingungslose Grundeinkommen würde uns von staatlicher Hilfe emanzipieren», schreiben Häni/Kovce. «Der Staat könnte seine bevormundenden Tätigkeiten aufgeben.»

Sozialdienst als Bedingung für ein Grundeinkommen

Werner Vontobel / 10. Apr 2016 - **Ob ein Grundeinkommen existenzsichernd und bedingungslos sein soll, hängt vom Problem ab, das damit gelöst werden soll.**

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Das Hauptproblem aller Industriestaaten liegt darin, dass uns die bezahlte Arbeit ausgeht und dass der Sesseltanz um die verbleibenden Jobs immer groteskere Formen annimmt. Das gilt auch für die Schweiz: Was wir 2015 produziert und investiert haben, können 70 Prozent der Erwerbsbevölkerung mit einer 42-Stundenwoche herstellen. Wenn der aktuelle Produktivitätsfortschritt anhält, reicht in 15 Jahren die Arbeit von 60 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Die Beschäftigung könnten wir nur konstant hochhalten, wenn wir den Konsum um 15 Prozent steigerten. Doch das geht schon aus ökologischen Gründen nicht. Würden wir nur so viel produzieren und konsumieren, wie die Umwelt zulässt, reichte rund ein Drittel der gegenwärtigen Erwerbsarbeit. Die Arbeit ist knapp und sie wird tendenziell immer knapper.

Dass wir trotzdem (noch) eine tiefe Arbeitslosenquote haben, hängt damit zusammen,

- dass wir die Ausgesteuerten nicht mitrechnen,
- dass wir einen Exportüberschuss von weit über 10 Prozent des BIP haben, und
- dass sich bei uns auch der Mittelstand sehr viel Luxus leisten kann – Restaurant, Kino, Wellnessstudio, Massage, Ferien, Schönheitschirurgie usw. Vor allem aber arbeiten viele nicht Vollzeit, sondern nur Teilzeit. Im Durchschnitt ergibt das ein Arbeitspensum von 80 Prozent

Genau hier lauert denn auch die erste und grösste Gefahr: Wenn auch der Mittelstand das Vertrauen in ein sicheres Arbeitseinkommen verliert, wird er seinen Konsum einschränken und sein Teilzeitpensum gegen ein 100-Prozent-Pensum tauschen wollen. Dann wird der Sesseltanz um die Arbeit zum Höllenritt.

Nachteil des heutigen Sozialstaats

Ein Grundeinkommen kann diese Ängste besänftigen. Unser Sozialstaat will das auch – und erst noch effizienter. Seine Eingriffe sind gezielt, nicht bedingungslos. Doch er hat einen Nachteil, der ihn für die real existierende Arbeitswelt zunehmend ungeeignet macht. Seine Leistungen sind an den Arbeitsmarkt gekoppelt:

Die Rente hängt vom Arbeitseinkommen ab

Das Arbeitslosengeld auch. Zudem ist es mit einem immer unsanfteren Zwang zur Arbeitsaufnahme verbunden. Und das wiederum beschleunigt den Sesseltanz um die bezahlte Arbeit, drückt die Löhne und verschärft die Ungleichheit.

In Deutschland, wo einst Bismarck den Sozialstaat erfunden hat, geht demnächst die erste Generation der prekär Beschäftigten und Niedriglöhner in Pension. Weil sich viele von ihrem Lohn noch nicht einmal eine Rente von 700 Euro ersparen konnten, fordert die SPD jetzt eine «Lebensleistungsrente», beziehungsweise eine Aufstockung auf ein sehr knapp bemessenes Existenzminimum. Das Problem liegt darin, dass der Arbeitsmarkt heute ganz anders und viel weniger fair funktioniert, als sich die Gründerväter des Sozialstaats das vorgestellt hatten. Sonst hätten sie den Sozialstaat nicht auf das wacklige Fundament des Arbeitsmarktes gestellt.

In der Schweiz funktionieren der Arbeitsmarkt und damit auch der Sozialstaat zwar noch besser. Aber wir leben nicht auf einer Insel und müssen gegen das gewappnet sein, was uns der Konkurrenzkampf von aussen aufdrängt.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Zweifel an rückgängiger Erwerbsarbeit

Doch geht die bezahlte Arbeit wirklich zurück? Gegen diese These werden üblicherweise zwei Argumente vorgebracht.

Zum einen wird behauptet, dass die Arbeit trotz allen Unkenrufen und trotz neuen Technologien noch immer zugenommen habe. Die Statistik weiss es besser: Seit 1980 sind die Arbeitszeiten pro Beschäftigten in Deutschland, Frankreich und in der Schweiz um 22, 18 und 12 Prozent geschrumpft. Es gab zwar konjunkturelle Schwankungen, aber der Trend ist eindeutig.

Das zweite Argument wiegt schwerer. Danach sollen die steigenden Gesundheits- und Pflegeaufwendungen für zusätzliche Beschäftigung sorgen.

Unbezahlte Arbeit aufwerten

Mag sein, doch wer sagt denn, dass die Alten und Kranken nicht (auch) von ihren Kindern, Enkeln und Nachbarn gepflegt werden können? Produktive Leistungen werden in unserer Gesellschaft nicht nur gegen bezahlte Arbeit erbracht. Und unsere Gesellschaft kennt nicht nur finanzielle, sondern auch soziale Verpflichtungen. Doch wenn wir diese Gesellschaft einseitig entlang den finanziellen Verpflichtungen und der bezahlten Arbeit organisieren, verdrängen wir die freiwillige Arbeit und entwerten wir die sozialen Verpflichtungen. Wer täglich sechs «zumutbare» Stunden Arbeitsweg auf sich nehmen muss, um acht schlecht bezahlte Arbeitsstunden zu leisten, kann weder Kinder aufziehen noch seine Eltern pflegen, und wenn er selbst zum Pflegefall wird, muss der Staat die Zeche zahlen.

Sozialethiker schlägt Grundeinkommen mit obligatorischem Sozialdienst vor

Die Neuaufteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit, sowie der Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital sind zwei entscheidende Zukunftsthemen. Ein Grundeinkommen kann dazu einen Beitrag leisten und für den nötigen «New Deal» zwischen Arbeit und Kapital sorgen. Ob es allerdings diesen Zweck erfüllt, wenn es «existenzsichernd» und «bedingungslos» sein soll, ist eine andere Frage.

Vielleicht müssen wir andere Formen suchen. Der emeritierte Professor für Sozialethik, Hans Ruh, schlägt für die Schweiz ein arbeitsunabhängiges Grundeinkommen von monatlich 1500 Franken vor, «das einerseits für eine breite Schicht von Menschen eine spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bringt, das aber andererseits den Anreiz für die Übernahme der eigenen Verantwortung, sprich: den Anreiz für das Erbringen von eigenen Leistungen, nicht schwächt.» Ergänzend dazu will Ruh einen für alle offenen obligatorischen Sozialdienst einrichten. Auf diese Weise könnte man fließende Übergänge zwischen der bezahlten und der unbezahlten Arbeit ermöglichen.

Das Stichwort dazu heisst «Nachbarschaften entwickeln». Wie das konkret umgesetzt und auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden könnte, kann man in einer gleichnamigen Broschüre der NGO *Neustart Schweiz* nachlesen. Die Ideen von Hans E. Widmer und seinen Mitstreitern haben den Vorteil, dass man sie sofort lokal anwenden kann, ohne erst ein ganzes Land in ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang zu stürzen. Die Zeit für ein nationales Grundeinkommen ist noch nicht reif. Aber wir müssen heute schon Strukturen vorbereiten, welche die fatale Abhängigkeit von (schlecht) bezahlten Arbeiten verringern.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Das Grundeinkommen wäre in der Schweiz umsetzbar»

Urs P. Gasche / 23. Mai 2016 - Der Zürcher Finanzprofessor Marc Chesney will dafür stimmen. Er hält die Idee für realisierbar – unter einer Bedingung.

Red. Infosperber übernimmt einen Teil des Gesprächs, das Professor Marc Chesney mit der Redaktorin Caroline Freigang der Handelszeitung geführt hat.

Herr Chesney, die grossen Schweizer Parteien haben sich gegen das bedingungslose Grundeinkommen ausgesprochen - wie werden Sie abstimmen?

Marc Chesney*: Ich finde, dass ein Grundeinkommen nützlich wäre. Deswegen werde ich dafür stimmen. Allerdings bin ich kein bedingungsloser Befürworter.

Wieso wäre es nützlich?

Wie auch am World Economic Forum in Davos analysiert wurde, wird es künftig immer mehr Roboter und Computer in der Produktion geben. Die fortschreitende Automatisierung und Digitalisierung gefährden Millionen Arbeitsplätze weltweit. Wenn die Produktivität steigt, sollte das in einer gut organisierten Gesellschaft Freizeit erzeugen. Heute jedoch führt dies weltweit entweder zu Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung - vor allem weil das Wirtschaftswachstum im Verhältnis zur Steigerung der Produktivität oft nicht ausreichend ist. Es handelt sich um das Paradoxon einer immer produktiveren Gesellschaft, die zur selben Zeit Armut erzeugt. Eine zivilisierte und demokratische Gesellschaft muss Lösungen für dieses Problem finden. Sonst ist sie in Gefahr.

Können Sie dieses Paradoxon verdeutlichen?

Durch die höhere Produktivität entsteht eine wachsende Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. Das Angebot wird durch die Automatisierung immer effizienter werden, aber die Nachfrage wird gleichzeitig leiden. Soweit ich weiss gehen Roboter nicht ins Restaurant, ins Kino oder in die Ferien. Sie verbrauchen nichts ausser einer grossen Menge Energie. Arbeitslose oder Unterbeschäftigte würden gerne mehr konsumieren, können aber nicht. Hier brauchen wir kreative Ideen und das Grundeinkommen wäre eine gute Lösung, um dieses Paradoxon zu lösen.

Dennoch sind Sie kein bedingungsloser Befürworter eines Grundeinkommens - was ist Ihre Bedingung?

Ich halte ein Grundeinkommen in der Schweiz zwar für umsetzbar für Schweizer Bürger und Bürger mit C-Ausweis. Ohne die richtige Finanzierung ist das Projekt aber schwach. Der Bund hat berechnet, dass es circa 200 Milliarden Franken brauchen würde, um das Grundeinkommen zu finanzieren. Ich finde es falsch, diese Summe durch eine höhere Mehrwertsteuer eintreiben zu wollen. Es gibt schon genug Steuern. Ich finde die Idee einer Mikro-Steuer deutlich überzeugender.

Wie würde eine solche Mikro-Steuer funktionieren?

In der Schweiz werden pro Jahr elektronische Bezahlungen im Wert von circa 100'000'000'000'000 Franken getätigt.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Nicht nur beim Kauf und Verkauf von Aktien oder Anleihen, sondern auch beim Bezahlen im Restaurant, beim Geld abheben oder beim Online-Banking. Die Summe, die über solche Transaktionen bewegt wird, entspricht etwa 160 Mal dem Bruttoinlandprodukt (BIP) der Schweiz. Wenn der Staat von dieser riesigen Summe 0,2 Prozent besteuern würde, hätte er bereits 200 Milliarden Franken eingenommen – das ist mehr als der gesamte Steuerertrag der Schweiz, inklusiv der Mehrwertsteuer. Dieser Vorschlag stammt vom Zürcher Finanzunternehmer Felix Bolliger.

Um das Grundeinkommen zu finanzieren, reicht der Ertrag aus einer Mikro-Steuer von 0,2 Prozent aber nur knapp.

Würde man diesen Steuersatz auf 0,4 Prozent erhöhen, könnte man theoretisch nicht nur fast alle anderen Steuern sowie die Steuerdeklaration abschaffen, sondern auch das Grundeinkommen finanzieren. Durch die Besteuerung der elektronischen Transaktionen könnten die Steuern automatisch bezahlt und das Grundeinkommen finanziert werden.

Marc Chesney erklärt im Interview mit Handelszeitung.ch, wie ein bedingungsloses Grundeinkommen seiner Meinung nach finanziert werden könnte.

Alle würden unter der Mikro-Steuer mit dem gleichen Steuersatz besteuert werden. Ist das gerecht?

Es stimmt, dass jeder Bürger 0,2 Prozent Steuern pro Transaktion bezahlen würde. Aber diejenigen, die sehr reich sind und ein grosses Finanzportfolio besitzen, tätigen proportional mehr Transaktionen als die anderen. Besitzer von grossen Portfolios handeln häufig auf den Finanzmärkten. Sie werden also proportional mehr Steuern zahlen. Dadurch entsteht eine natürliche Progression. Für andere Menschen, die weniger konsumieren und weniger Finanzgeschäfte tätigen, wäre das Leben mit der Mikro-Steuer viel billiger als zur Zeit.

Würde eine solche neue Steuer für Konzerne mit vielen grossen Transaktionen nicht abschreckend wirken?

Vermutlich würden ein paar Hedgefonds ins Ausland abwandern. Insbesondere diejenigen, die Hochrisiko-Geschäfte betreiben. Gleichzeitig kann man mit so einer Steuer aber auch neue Unternehmen anlocken. Diese werden feststellen, dass die Schweiz ein stabiles und effizientes System bietet - dank Mikro-Steuer mit tieferen Steuern und weniger Bürokratie. In der Tat, mit einer Mikro-Steuer wäre theoretisch keine Steuererklärung mehr nötig. Die Schweiz würde so mehr auf die Realwirtschaft und weniger auf Finanzcasinos setzen. Das sollte Stabilität bringen.

Im Weiteren beantwortet Professor Marc Chesney Fragen betreffend einer allfällig sinkenden Arbeitsmoral sowie der Berufsgruppen, die von einem Grundeinkommen besonders betroffen wären.

Herr Chesney, die grossen Schweizer Parteien haben sich gegen das bedingungslose Grundeinkommen ausgesprochen - wie werden Sie abstimmen?

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Marc Chesney*: Ich finde, dass ein Grundeinkommen nützlich wäre. Deswegen werde ich dafür stimmen. Allerdings bin ich kein bedingungsloser Befürworter.

Wieso wäre es nützlich?

Wie auch am [World Economic Forum](#) in Davos analysiert wurde, wird es künftig immer mehr Roboter und Computer in der Produktion geben. Die fortschreitende Automatisierung und Digitalisierung gefährden Millionen Arbeitsplätze weltweit. Wenn die Produktivität steigt, sollte das in einer gut organisierten Gesellschaft Freizeit erzeugen. Heute jedoch führt dies weltweit entweder zu Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung - vor allem weil das Wirtschaftswachstum im Verhältnis zur Steigerung der Produktivität oft nicht ausreichend ist. Es handelt sich um das Paradoxon einer immer produktiveren Gesellschaft, die zur selben Zeit Armut erzeugt. Eine zivilisierte und demokratische Gesellschaft muss Lösungen für dieses Problem finden. Sonst ist sie in Gefahr.

Können Sie dieses Paradoxon verdeutlichen?

Durch die höhere Produktivität entsteht eine wachsende Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. Das Angebot wird durch die Automatisierung immer effizienter werden, aber die Nachfrage wird gleichzeitig leiden. Soweit ich weiss gehen Roboter nicht ins [Restaurant](#), ins Kino oder in die Ferien. Sie verbrauchen nichts ausser einer grossen Menge Energie. Arbeitslose oder Unterbeschäftigte würden gerne mehr konsumieren, können aber nicht. Hier brauchen wir kreative Ideen und das Grundeinkommen wäre eine gute Lösung, um dieses Paradoxon zu lösen.

Dennoch sind Sie kein bedingungsloser Befürworter eines Grundeinkommens - was ist Ihre Bedingung?

Ich halte ein Grundeinkommen in der [Schweiz](#) zwar für umsetzbar für Schweizer Bürger und Bürger mit C-Ausweis. Ohne die richtige Finanzierung ist das Projekt aber schwach. Der Bund hat berechnet, dass es circa 200 Milliarden Franken brauchen würde, um das Grundeinkommen zu finanzieren. Ich finde es falsch, diese Summe durch eine höhere Mehrwertsteuer, wie es die Initianten vorschlagen, eintreiben zu wollen. Es gibt schon genug Steuern. Ich finde die Idee einer Mikro-Steuer deutlich überzeugender.

Wie würde eine solche Mikro-Steuer funktionieren?

In der Schweiz werden pro Jahr elektronische Bezahlungen im Wert von circa 100'000'000'000'000 Franken getätigt.

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Nicht nur beim Kauf und Verkauf von Aktien oder Anleihen, sondern auch beim Bezahlen im Restaurant, beim Geld abheben oder beim Online-Banking. Die Summe, die über solche Transaktionen bewegt wird, entspricht etwa 160 Mal dem Bruttoinlandprodukt (BIP) der Schweiz. Wenn der Staat von dieser riesigen Summe 0,2 Prozent besteuern würde, hätte er bereits 200 Milliarden Franken eingenommen – das ist mehr als der gesamte Steuerertrag der Schweiz, inklusiv der Mehrwertsteuer. Dieser Vorschlag stammt vom Zürcher Finanzunternehmer Felix Bolliger.

ANZEIGE

Um das Grundeinkommen zu finanzieren, reicht der Ertrag aus einer Mikro-Steuer von 0,2 Prozent aber nur knapp.

Würde man diesen Steuersatz auf 0,4 Prozent erhöhen, könnte man theoretisch nicht nur fast alle anderen Steuern sowie die Steuerdeklaration abschaffen, sondern auch das Grundeinkommen finanzieren. Durch die Besteuerung der elektronischen Transaktionen könnten die Steuern automatisch bezahlt und das Grundeinkommen finanziert werden.

[Marc Chesney](#) erklärt im Interview mit [Handelszeitung.ch](#), wie ein bedingungsloses Grundeinkommen seiner Meinung nach finanziert werden könnte:

Finanzierung mit Mikrosteuer auf Finanztransaktionen

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen zur Existenzsicherung sollten nicht die Mehrwert- oder andere bestehende Steuern erhöht werden, schreibt Chesney. Einmal mehr begründet er, weshalb sich eine Mikrosteuer auf alle elektronischen Zahlungen aufdrängt: Heute würde der systemrelevante Teil des Finanzsystems zu wenig besteuert, während die Realwirtschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger zu viele Steuern zahlen müssen.

In den letzten dreissig Jahren habe sich die Finanzbranche mehr und mehr von der realen Wirtschaft abgekoppelt. Allein in der Schweiz erreichen die elektronischen Zahlungen ungefähr 100'000 Milliarden Franken pro Jahr. Das entspricht dem 160-fachen des Bruttoinlandprodukts BIP, was «völlig unangemessen» sei.

Eine Steuer von nur 0,4 Prozent auf allen elektronischen Zahlungsvorgängen brächte Einnahmen von 400 Milliarden Franken. Die Summe aller bestehenden Steuereinnahmen erreicht weniger als 200 Milliarden Franken. Man könnte also «die meisten heutigen Steuern durch die Mikrosteuer ersetzen». Gleichzeitig wäre die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens möglich. Die Idee der Mikrosteuer stammt vom Zürcher Vermögensverwalter [Felix Bolliger](#).

5.5 Bevölkerungswachstum – W. Schneider

Tiefere Steuern für Unternehmen und Personen

Nach Einführung einer solchen Mikrosteuer dürfte «die grosse Mehrheit der Bevölkerung und die meisten Unternehmen» *weniger Steuern* zahlen. Viel Bürokratie sowie Umgehungsmöglichkeiten würden wegfallen. Schliesslich würden auch «Steuererklärungen überflüssig» werden.

Die Steuer von 0,4 Prozent würde bei sämtlichen elektronischen Geldtransaktionen fällig: Beim Zahlen von Rechnungen in Läden und Restaurants, bei Käufen im Internet oder Geldbezügen am Bancomat.

Viel *höhere Steuern* dagegen müssten Finanzinstitute zahlen, die im Hochfrequenz- oder Mikrosekundenhandel engagiert sind. Chesney hält dies für berechtigt, weil diese Aktivitäten keine Bedürfnisse der Wirtschaft abdecken.

Es ist anzunehmen, dass einige dieser Geschäfte mit dem Hochfrequenzhandel nach Einführung einer Mikro-Steuer ins Ausland verlegt würden. Doch dafür würden andere Unternehmen Aktivitäten in die Schweiz verlegen, weil sie von einem besonders einfachen, unbürokratischen und steuergünstigeren System profitieren wollen.

«Die aus dem Ruder gelaufene Finanzwirtschaft soll künftig wieder der Realwirtschaft dienen», erklärt Marc Chesney.
